

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 4

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 150.— M., ohne Postgebühren. Zur Postbezugs-Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 21. Januar 1923

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitestr. 2/9 IV. Fernruf: Zentrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 4. Wochenbeitrag für 1923 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Vor Arbeitsannahme oder Zureise hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und dort nähere Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht vernachlässigt, schädigt nicht nur sich, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Sozialbeiträge sind in den nachstehend aufgeführten Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Die zur Erhebung kommenden Beträge werden von den Zahlstellenverwaltungen den Mitgliedern in geeigneter Weise bekanntgegeben:

Achersteden, Bösnitz, Limbach, Lutzenwalde, Nerschau, Plauen, Reichenbach, Sebnitz, Wiesbaden, Würzen.

Aufhebung eines Ausschlusses. Der nach § 15b erfolgte und in Nr. 48 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichte Ausschluss der Kollegin Marie Kreischmar in Berlin wird hiermit aufgehoben. Der Ausschluss wurde vollzogen infolge einer irrtümlichen Berichtserstattung durch die Zahlstelle Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Die Gewerkschaften gegen die Besetzung des Ruhrkohlenbeckens.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben gegen die Besetzung des Ruhrkohlenbeckens durch nachstehenden Aufruf öffentlich protestiert:

Die freien Gewerkschaften Deutschlands erheben gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen vor aller Welt schärfsten Protest. Sie erblicken in dieser Maßnahme einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt und den Ausdruck schlimmster imperialistischer Gewaltpolitik, die von den organisierten deutschen Arbeitnehmern stets bekämpft worden ist, gleichviel von welcher Seite sie geübt wurde.

Die deutsche Wirtschaft erleidet von diesem Gewaltakt eine katastrophal wirkende Erschütterung, unter der in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu leiden hat und von der in weiterer Folge die Arbeiter der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden.

Die freien Gewerkschaften sind zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als sie seit Beendigung des Krieges sich rücksichtslos für die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt haben. Alle Angebote der deutschen Gewerkschaften für den Wiederaufbau konnten nicht zur Ausführung gelangen, weil die französische Regierung diese Versuche bisher verhindert hat. Die deutschen Gewerkschaften sind nach wie vor zu einer der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

entsprechenden Wiedergutmachung bereit. Sie sehen aber in diesem militärischen Gewaltakt die Verhinderung, wenn nicht gar die dauernde Zerschlagung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Absicht.

Die französisch-belgische Einmarsch-Note verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen. In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsbehörden aufgestellten Grundzüge widersprechen allen im Völkerbundsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihrem Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unersättlichen und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder vorwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlenhandels nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen ihre Verleumdung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Berlin, den 11. Januar 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFA-Bund).
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Am Abgrund.

M. H. Das Scheitern der Pariser Konferenz hat den tiefen Abgrund aufgetan, vor dem die Völker Europas stehen. Nach dem unfähigen Gend der Kriegsjahre hätte doch einmal der Wille zur Gesundung und zum Aufbau zum Durchbruch kommen und statt weiterer Seelenvergiftung der Völker, die den einen Menschen zum Blutband im Nacken des anderen machte, der Geist der Menschlichkeit zu seinem Recht gelangen sollen. Es ist anders gekommen. Dieselben dunklen Mächte, die seinerzeit den Krieg entfesselten, Militarismus, Rüstungsinteressen und die Machtbesitzungen der imperialistischen Zwecke verfolgenden Schwerindustrie verhindern jetzt den Frieden unter den Völkern. Statt der Lösung der Reparationsfrage, ohne die eine Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung nicht zu denken ist, trat eine neue Verschlechterung der Lage ein, deren Folgen für Generationen verhängnisvoll sein kann und Keime künftiger Kriege in sich birgt.

Drei Vorschläge sind der Pariser Konferenz unterbreitet worden. Unter diesen ist es nur der englische Plan, der in irgendeinem Sinne als Lösung

zur Reparationsfrage zu betrachten wäre. Er hätte Deutschland riesige Lasten aufgebürdet und eine dessen Selbständigkeit ausschaltende Finanzkontrolle eingeführt. Auch war er insofern bedenklich, als die endgültige Entlastung Deutschlands nach Durchführung dieses Planes nicht sichergestellt war. In der Frage der Schuldentilgung gegenüber Frankreich und Italien ging dieser Plan nicht weit genug. Dieser Teil des englischen Angebots hätte jedoch verbessert und der ganze englische Plan zur Grundlage einer Lösung gemacht werden können. Er hat ein Moratorium für vier Jahre vorgezogen, die Schuldlast auf 50 Milliarden Goldmark, die Sachlieferungen inbegriffen (unter Umständen 17 Milliarden Goldmark mehr), festgesetzt, die Möglichkeit eines baldigen Rückkaufs der deutschen Reparationsschuldobligationen zu unter Umständen günstigen Bedingungen offen gelassen, dabei auf militärische Besetzungen, Pfänder, Zoll- und Ausfuhrkontrolle, Besitzergreifung von Kohlenwerken und Forsten verzichtet. Er trachtete also, die Reparationsfrage möglichst auf geschäftlicher Grundlage zu lösen. Hart und berechnend, die eigenen Vorteile nicht verlassend, seine Steuerzahler übertrieben begünstigend, war dies doch der Plan eines nüchternen Geschäftsmannes.

Das völlige Gegenteil stellt der französische Plan dar, der in Einzelheiten allgemein bekannt ist — haben doch Poincaré und die schwerindustrielle Presse Frankreichs — und das ist fast die ganze französische Presse — dafür gefordert, daß die Öffentlichkeit an diese unheilbringenden Forderungen langsam gewöhnt würde. Die Scheinheiligkeit Poincarés, der hier und da erklärte, daß er es nicht auf die Zerstörung Deutschlands, auf seine militärische Niederhaltung und auf die Annexion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets absehe, kann niemand darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier tatsächlich um diese Dinge handelt: politische, militärische und imperialistische Absichten sollen durch sein Vorgehen verwirklicht werden. Der Kohlenbergbau in den Händen des französischen Militärs, der über die Kohlenvorräte und damit über die industrielle Produktion Deutschlands verfügt. Die Kohlensteuer, die bei steigenden Preisen ohne den Verfall der deutschen Industrie nicht in ihrer gegenwärtigen Höhe aufrechterhalten werden kann, soll noch erhöht werden und ihr Ertrag in die französische Staatskasse fließen, im Rheinland und im Ruhrgebiet soll eine französische Zollgrenze ausgerichtet und die Zölle für Frankreich eingenommen werden an der Hand einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die ihm die deutsche Industrie völlig ausliefern. Dabei sind die Zugeständnisse an die gegenwärtige Notlage Deutschlands kaum nennenswert: ein Moratorium für nur zwei Jahre und auch während dieser Zeit weitere Bezahlung der Besatzungskosten und der neu einzuführenden militärischen Organe und weitere Sachleistungen. Die Reparationssumme wird in diesem Plan überhaupt nicht festgelegt. Die Stabilisierung der Mark wird gefordert und gleichzeitig sämtliche Voraussetzungen der Stabilisierungsmöglichkeiten zerstört. Die Kreditfähigkeit des Landes muß bei Durchführung des Planes vollständig dahinschwinden und die weitere Verschlechterung des Geldwertes wird durch ihn zwangsläufig heraufbeschworen. Ein geradezu teuflisches Instrument der Zerstörungswut ist dieser Plan zu nennen, der Deutschlands Ruin besiegeln soll.

Vom italienischen Man kann man nicht behaupten, daß er wesentlich besser sei als der französische. Er sieht zwar eine Herabsetzung der deutschen Reparationsfahnd auf 50 Milliarden vor, unter Bedingungen jedoch, die nicht von Deutschland abhängen, sondern von der Zahlungsfähigkeit einer Anzahl von Ländern und von der Opferwilligkeit Englands. Ein Moratorium soll nur für zwei Jahre bewilligt werden, während dessen Dauer die Sachlieferungen weitergeleitet werden müssen. Der Plan schließt sich der Fänderpolitik Frankreichs im wesentlichen an, die Ein- und Ausfuhr soll von fremden Mächten kontrolliert, die Zölle von ihnen erhoben werden. Wie der französische, so sieht auch der italienische Plan die Kontrolle der staatlichen Forsten vor und, was die Kohlenproduktion anlangt, die der staatlichen Kohlenbergwerke im Ruhrgebiet. (Der französische Plan dagegen fordert Kontrolle der ganzen Kohlenproduktion im Ruhrgebiet.)

Man kann versuchen, hinter diesen Plänen die wahren Beweggründe aufzudecken, so verwickelt die Beziehungen der kapitalistischen Nachhinteressen auch sind. Englands gemäßigter Haltung ist auch innerpolitischen Gründen zuzuschreiben. Seine öffentliche Meinung wünscht den Frieden und der Einfluß der an Zahl und Gewicht erstarkten englischen Arbeiterpartei macht sich ebenfalls geltend. Es sind aber auch wirtschaftliche Erwägungen ausschlaggebend gewesen: der französische Plan der Wäckerergreifung im Rheinland und im Ruhrgebiet würde die englische Schwerindustrie durch die Besserstellung der französischen Konkurrenz, welche in den Besitz billiger Rohstoffe gelangen würde, in dem Wettkampf auf dem Weltmarkt schädigen. Die in den Besitz von Rohstoffen gelangte und mit politischem Einfluß im Orient ausgestattete französische Schwerindustrie wird in England mit argwöhnischen Augen angesehen. Auch ist der englische Kohlenexport nach Frankreich durch die französischen Forderungen gefährdet. Die Weiterführung der Sachlieferungen während der Zeit des Moratoriums ist England ebenfalls nicht willkommen, da es die Abhängigkeitsneigen seiner Industrie einzuschränken vermag. Daß England jedoch beim Abbruch der Konferenz seine Beziehungen zu Frankreich weiter aufrechterhalten hat, ist wohl auf seine bedrängte Lage in der Weltpolitik und auf die Konkurrenz von Parisanne bezüglich der Politik des Nahen Ostens zurückzuführen. War England grundsätzlich gegen den französischen Reparationsplan, so wird es doch voraussichtlich keinen Widerstand gegen französische Gewaltmaßnahmen leisten, da es keine Interessen im Augenblick in erster Linie im Nahen Orient sieht, wo Frankreich, der Verbündete der Türkei, zusammen mit Italien einen großen Einfluß auszuüben und die englischen Petroleum- und anderen Interessen stark zu beeinträchtigen vermag. Daher will und kann England es mit Frankreich nicht verderben, so ungünstig ihm das Vordringen Frankreichs gegen Deutschland und die weitere unge löste Lage des Reparationsproblems auch ist.

Hinter Frankreichs rein politischen Absichten, die auf die Zerstörung des Deutschen Reiches aus Haß oder Angst vor der Zukunft hinausgehen, stecken dieselben schwerindustriellen Interessen, vor denen die Engländer Angst haben. Die englische Presse ist sich schon seit langem darüber im Klaren, daß die Drahtzieher des französischen Staates, die im Comité des Forges vereinigten Schwerindustriellen, es auf die deutschen Erze und Kohlenlager, besonders aber auf den deutschen Koks, abgesehen haben, durch deren Besitz sie die deutsche Konkurrenz niederwerfen und die eigene Industrie zum Beherrschter der europäischen Eisen- und Stahlproduktion machen wollen. Wenn Poincaré behauptet, daß die deutsche Großindustrie bisher das Haupthindernis für die Ausführung des Friedensvertrages gebildet hat, so ist dies in gewissen Punkten nicht in Übereinstimmung, er und die französische Schwerindustrie meinen es jedoch in einem ganz anderen Sinne: die deutsche Schwerindustrie soll sich der französischen Kapitalismus und unter dessen Vormühsigkeit geschmälert werden. Ob dabei der französischen Staatskasse auch noch Reparationszahlungen zuströmen, ist eine Frage zweiter Ordnung, ebenso wie der französische Schrei nach Streichung der Schulden, während

Frankreich doch keine Miene macht, diese Schulden jemals zu bezahlen oder zu verzinsen. Der französische Rentier möchte von Rußland seine Forderungen haben; an die Rückzahlung der englischen und amerikanischen Schulden denkt aber Frankreich niemals. Italiens Haltung unter seinem Diktator Mussolini ist ebenfalls aus Gründen imperialistischer Machtpolitik zu verstehen. Nach dem englischen Plan sollte es angeblich etwas zu kurz kommen, sowohl bezüglich der ihm zukommenden Reparationssumme wie auch in der Frage der Schuldenstreichung. Diese Klagen sind jedoch nur vorgelegt und hätten mit dem geringsten guten Willen behoben werden können. Daß Italien Frankreich auf seinem verhängnisvollen Wege folgt, ist seinen imperialistischen Bestrebungen im Nahen Osten zuzuschreiben, wo es mit Frankreich gemeinsame Sache macht.

Die Vereinigten Staaten hätten die Reparationsfrage schon lange lösen können, wenn auch Frankreich diese Intervention, welche seinen machtpolitischen Plänen im Wege gewesen wäre, nicht herbeigewünscht hat. Sie verlagten jedoch ihre Unterstützung. Von dieser Seite ist auch in der gegenwärtigen schwierigen Lage nicht viel zu hoffen. Die Nachrichten über eine amerikanische Hilfe haben als Börsenmanöver für manche Spekulanten Nutzen gebracht, es wäre aber mühsig, große Hoffnungen darauf zu setzen.

Die militärischen und kapitalistischen Interessen haben also Europa in ein neues Unglück gestürzt. Die Kräfte, welche dagegen wirken könnten, sind nicht stark genug. Unter allen Klassen war es allein die Arbeiterschaft, welche ihre Stimme folgerichtig und ständig gegen diese Umtriebe erhob und den Weg zu Versöhnung und Aufbau anzubahnen bestrahlt war. Wäre sie überall mächtig genug gewesen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, dann hätte das Unheil abgewendet werden können. In einem Zeitpunkt, in dem ein großer Teil der Massen unter fremder Suggestion steht und Diktatoren und Abenteurern Folge leistet, ist das sozialistische Proletariat das einzige Element des Weltfriedens, von dessen Erstarkung das Schicksal Europas abhängt.

Die Preise stetten!

Viele hatten erwartet, daß nach dem Stillstand des Dollars die Preisbewegung im Kleinhandel sehr bald eine obere Grenze finden würde nicht nur in Folge der Lähmung der Kaufkraft des Inlands, die sich aus dem Zurückbleiben des Einkommens weiter Bevölkerungsschichten hinter der Teuerung erklärt, sondern auch durch den verminderten Anreiz zum Export. Diese Voraussetzung ist bereits in den ersten Tagen des Januar nach dem Scheitern der Pariser Konferenz und infolge der eigenmächtigen Fänderpolitik Poincarés hinjählig geworden. Der Dollar strebt wieder sprunghaft nach oben und die zweite Januarwoche begann im Zeichen stark steigender Devisenkurse. Infolgedessen waren auch die Warenpreise bereits in der ersten Januarwoche im Steigen. Die wöchentlich ermittelten Indizes für 44 Waren des Großhandels, wie sie die „Industrie- und Handelszeitung“ errechnet, ergaben eine Steigerung der Großhandelspreise um 4,2 Proz. im Durchschnitt dieser Woche gegenüber der vorangegangenen Woche. Am stärksten war die Preissteigerung bei der Gruppe Häute, Felle, Leder, Gummi, wo die Preise um 12,6 Proz. gestiegen sind, dann folgten mit 5,6 Proz. Preisserhöhung tierische Nahrungsmittel und Zucker. Das Preisniveau stellte sich nach diesen Messungen auf den rund 1800fachen Vorkriegsstand, blieb somit hinter der Verteuerung des Dollars, der sich in der gleichen Zeit auf 1856fachen Vorkriegsstand bemah, noch etwas zurück. Die Tatsache, daß bereits im Januar die Großhandelspreise wieder steigende Tendenz zeigten, verschließt jede Aussicht auf einen Preisabbau im Kleinhandel, solange der Dollar noch steigt.

Diese Erscheinung muß die Arbeiterschaft mit wachsender Sorge erfüllen, denn es hat sich bisher noch immer ergeben, daß die Löhne der allgemeinen Geldwertung auch nicht annähernd gefolgt sind. Wie sehr sich aber die deutsche Wirtschaft, deren Produktion sich immer mehr und mehr auf Goldmarktpreise eingestellt hat, der Gefahr aussetzt, die Weltmarktpreise zu überschreiten und damit eine vollständige Konkurrenz zu vermehren

Arbeitslosigkeit heraufbeschwört, geht aus den Messungen der Großhandelspreise der „Frankfurter Zeitung“ hervor. Diese, für 98 Waren ermittelt, ergaben bereits für Anfang Januar im Durchschnitt 2054fache Vorkriegspreise. Das Niveau der Warenpreise hat sich also gegen die Zeit vor dem Kriege stärker erhöht, als der Dollar gestiegen ist. Damit ist freilich nicht gesagt, daß nun auch die Weltmarktpreise auf der ganzen Linie überhöht sind, denn diese haben sich gegenüber dem Vorkriegsstand ebenfalls erhöht. Immerhin steht fest, daß in der Zeit des Dollarkrisenstandes auf vielen Gebieten die Ueberforderung des Weltmarktpreisniveaus am deutschen Binnenmarkt erfolgt ist. Das Tempo der Preisbewegung im Großhandel hat sich etwas verlangsamt. Während sich früher, seit dem August vorigen Jahres, das Preisniveau des Großhandels von Monat zu Monat ganz oder annähernd verdoppelte, stieg dieses vom Dezember zum Januar nur etwa um ein Viertel. Bezeichnend aber ist die Geschwindigkeit, mit der sich weiter die Waren der deutschen Industrie der gesamten Preisbewegung anschließen. Sie stiegen nach den Messungen der „Frankfurter Zeitung“ von dem 1191fachen auf den 1518fachen Vorkriegsstand. Damit bleiben sie immer noch wesentlich hinter dem allgemeinen Preisniveau zurück. Sie nähern sich aber bereits im großen Durchschnitte derjenigen Grenze, auf der die Konkurrenz des Weltmarktes einsetzt. In der ersten Woche des Januar aber sind diese Preise bereits überhöht worden.

Alles in allem steht nach dem neuerlichen Steigen des Dollars eine weitere sehr starke Teuerung zu erwarten. Es muß allerdings dahingestellt bleiben, ob die katastrophale Lähmung der Kaufkraft, die während des Weihnachts geschäfts zutage trat, und die auf einzelnen Gebieten des Warenmarktes schon zu schweren Störungen geführt hat, nicht zwangsläufig ein allzu starkes Herausschnellen der Preise verhindern wird. Die Inventurverkäufe, die jetzt in vielen Großstädten stattfinden, sind ein schwächlicher aber für die Auffassung vieler Handelstreife recht bezeichnender Versuch, die Spanne zwischen dem verringerten Einkommen weiter Bevölkerungsschichten und den makellos gestiegenen Preisen zu überbrücken und es läßt sich zur Stunde noch nicht sagen, ob die Stocung des Absatzes im Inland und die Kreditnot noch weitere Folgen nach sich ziehen werden.

Trotz allem entfalten die Unternehmervereinigungen eine scharfe Hege gegen weitere Lohnerhöhungen. Von schwerindustrieller Seite wurde z. B. eine Zuschrift in die bürgerliche Presse lanciert, die eine von den Gewerkschaften im Hinblick auf die eingetretene Verdoppelung des Brotpreises geforderte Erhöhung der Löhne entschieden bekämpft. Und dabei schreiet die Teuerung in der jüngsten Zeit in einem Ausmaß fort, das geradezu beängstigend wirkt. Von der Verdoppelung des Brotpreises ist eine weitere Verteuerung auch der übrigen Waren zu erwarten, und schon deshalb ist es eine Verschärfung der tatsächlichen Lage, wenn man darauf hinweist, daß der Anteil der Ausgaben für Brot an den Gesamtausgaben des Arbeiterhaushalts gar nicht so groß ist. Es ist aber zu beachten, daß entgegen den Behauptungen, die jetzt die Unternehmer planmäßig austreuen, bei allen Wohnverhandlungen immer nur der tatsächlich nachgewiesene Stand der Teuerung berücksichtigt worden ist. Die Löhne wurden also fast durchweg nach den Teuerungszahlen des letzten Monats festgesetzt, d. h. der Arbeiter bezieht im Januar denjenigen Betrag, der nach der Teuerung im Dezember berechnet wurde, der aber inzwischen durch die weiter steigenden Preise längst nicht mehr in geradem Verhältnis zu den Kosten des Lebensaufwands stand.

Die Krisensymptome, die sich jetzt am Warenmarkt bemerkbar machen und die in einer Stocung des Absatzes für viele Gebrauchsgüter geltend gemacht werden, sind nur ein Beweis für die ungeheuerlich geschwächte Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten, die sich heute nicht einmal die notwendige Kleidung und Nahrung leisten können.

— Angesichts dieser Lage ergibt sich für die Gewerkschaften eine doppelte schwierige Situation. Man möchte vielfach gar keinen Hehl mehr daraus, daß den Unternehmern ein Streik gar nicht so unerwünscht wäre. Die Gewerkschaften aber haben die Pflicht, den Streik nur als äußerstes Kampfmittel anzu-

wenden, und zwar mit dem Ziele, eine tatsächliche Besserstellung der Arbeiterschaft zu erreichen. Lohn-erhöhungen sind jetzt durch die rasende Teuerung doppelt dringlich geworden. Die Haltung der Unternehmerrganisationen, die jede Lohn-erhöhung abzuwehren versuchen, ist für die Arbeiterschaft eine ernste Mahnung zur Geschlossenheit im Kampfe um ihre Besserstellung.

Der Arbeitsmarkt im Dezember.

Im Gegensatz zu dem Vormonat weist der Berichtsmonat Dezember eine sehr erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes auf. Allerdings kommt dies vorläufig nur in den Zahlen der Kurzarbeiter zum Ausdruck, während die Arbeitslosen- ziffern ziemlich konstant geblieben sind. Es waren 560 = 2,1 Proz. männliche und 2100 = 2,8 Proz. weibliche Arbeitslose am Stichtage vorhanden. Also insgesamt 2660 oder 2,8 Proz. gegenüber 2210 oder 2,2 Proz. im Vormonat. Dagegen wurden an Kurz- arbeiter in 74 Orten und 626 Betrieben 5887 = 22,2 Proz. männliche und 14291 = 19,3 Proz. weib- liche Mitglieder ermittelt, so daß also in der letzten Dezemberwoche insgesamt 20178 = 20,3 Proz. Kurz- arbeiter vorhanden waren gegenüber 4027 = 4,0 Proz. im Vormonat. Nur in einem Fall mit 254 Personen war die Ursache Strommangel. Allerdings muß bei der Beurteilung der hohen Kurzarbeiterzahlen noch berücksichtigt werden, daß die Zählung in die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr fiel, in welcher in sehr vielen Betrieben wegen Inventur u. ä. über- haupt nicht gearbeitet wird. Immerhin geht man auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes in der Annahme kaum fehl, daß dies starke Anschwellen der Kurzarbeit als ein Zeichen nahe bevorstehender größerer Arbeitslosigkeit zu deuten ist. Allerdings ist dieses ungünstige Gesamtbild zum größten Teil auf die besonders ungünstigen Verhältnisse in unsern beiden größten Zählstellen, Leipzig und Berlin zurückzuführen. Arbeiteten doch beispielsweise in Leipzig sämtliche 10434 Mitglieder verkürzt. Scheidet man also diese beiden Zählstellen mit ihren 28352 Mitgliedern und 14750 Kurzarbeitern aus, so er- geben sich für die restlichen 18978 männlichen Mit- glieder nur noch 1040 = 5,5 Proz. Kurzarbeiter und auf die 53385 weibliche Mitglieder 4970 = 9,2 Proz. Auch diese Zahlen ergeben noch immer das Doppelte dessen, was wir im Vormonat als Kurzarbeiter zu verzeichnen hatten. Insgesamt zeigt sich, daß etwa ein Viertel unserer Mitglieder von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit be- troffen waren.

Im letzten Quartal wurden insgesamt 1952 männliche und 7057 weibliche Arbeitslose gezählt, von denen die ersteren 26439, die letzteren 105410 Tage arbeitslos waren. Die Dauer eines Arbeits- losenjahres betrug daher im Durchschnitt bei den männlichen 14, bei den weiblichen 15 Tage. Unter- stützung erhielten von diesen 895 männliche für 18439 Tage 384636 Mk. und 2274 weibliche Mitglieder für 47417 Tage 686655 Mk.

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hatten wir noch eine geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen und am Stichtage einen Mitgliederbestand von 100715.

Verbandsbeitrag und Zeitung.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß man jedes Erzeugnis der Buchdruckpresse herzlich wenig be- achtet, sofern es sozusagen kostenlos abgegeben wird. Da spielt es keine Rolle, ob es sich um Flugblätter, Postkartenartikel oder auch um Zuschriften handelt. Obwohl die kostenlose Abgabe für die Gewerkschafts- presse nur bedingt zutrifft, ist es doch ein offenes Ge- heimnis, daß auch diese nicht immer die Beachtung findet, die notwendig wäre. Vor allem seitdem Hunderttausende, Millionen sich gleichsam über Nacht zu Gewerkschaftsmitgliedern entwickelten, hat die Ge- werkschaftspresse an Beachtung zweifellos eingebüßt, da ein erheblicher Teil dieser neuen Mitglieder in- folge ihrer Unkenntnis des gewerkschaftlichen Lebens und Treibens und infolge ihrer leiberrigen Gleich- gültigkeit auf das Studium der gewerkschaftlichen Literatur kein allzugroßes Gewicht legten, obwohl gerade dieser Teil es recht notwendig hätte, sich mit unseren gewerkschaftlichen Ideen vertraut zu machen.

Das ist ein Liebel, an der fast alle Gewerkschaften frankten. Der Millionenzufluß der letzten Jahre ist weniger gekommen aus der Ueberzeugung von der Notwendigkeit unserer Organisationen, sondern weil es infolge des Novembersturzes kaum anders ging. Das weiß und fühlt jeder von denen, die schon früher dem gewerkschaftlichen Organisationsgedanken huldig- ten. Anstatt nun aber den ganz offenbar vorliegen- den Mangel an gewerkschaftlicher Erfahrung und Schulung durch intensives Studium der dazu geeigne- ten Schriften und Zeitungen zu beheben, gefällt sich ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder nach wie vor in einer geradezu unverantwortlichen Gleich- gültigkeit gegenüber diesen Erfordernissen. Nur allzu sehr wird von diesen in unseren Organisationen ein Mittel gesehen, um ohne jede persönliche Arbeit und Gefahr die ziffernmäßige Lohnhöhe zu steigern und sonstige Extrawünsche oft persönlicher Natur erfüllt zu bekommen.

Diese grundsätzliche Einstellung äußert sich in der Hauptsache nach zwei Seiten hin recht unangenehm. Einmal ist es die Beitragsleistung, die, mehr als gut ist, unter dieser Erscheinung leidet, zum anderen aber auch die Beachtung der Gewerkschaftszeitung. Unter diesen Liebelständen leiden alle Gewerkschaften. Wenn das bei der einen mehr, bei der anderen weniger der Fall ist, dann spielt dabei die Zusammensetzung der Verbände eine gewichtige Rolle mit. Ein besseres Organisationsverhältnis nach jeder Richtung hin wird überall da vorhanden sein müssen, wo es sich nur um gelehrte männliche Mitglieder handelt, ein schlechteres dort, wo die ungelahrte und auch die weibliche Arbeitskraft eine ausschlaggebende Rolle spielt. Wir wollen es unseren Mitgliedern selbst überlassen, zu beurteilen, wie es in diesen Fragen in unserer Or- ganisation aussieht. Jedenfalls steht fest, daß weite Kreise auch unserer Mitglieder eine gewisse Scheu davor haben, ihre Verbandsbeiträge in einer der Geldentwertung entsprechenden Höhe zu leisten, und daß auch weite Kreise ihrer Zeitung nicht die not- wendige Beachtung schenken.

Das heißt: So war es wenigstens bis vor kurzem! Denn wenn es richtig ist, was uns jetzt von vielen unserer Verwaltungen berichtet wird, dann müßte geradezu über Nacht ein grundlegender Wandel eingetreten sein, zum mindesten, soweit die Beachtung unserer „Buchbinder-Zeitung“ in Betracht kommt. Wenn es richtig ist, was uns berichtet wird, dann hat sich in den letzten Wochen ein solches Ver- langen nach unserer Zeitung bemerkbar gemacht, daß man seine ungetriebene Freude daran haben könnte. Aber — so ganz recht und ohne Hintergedanken scheint die Wandlung doch nicht zu sein. Daß der Beschluß unseres Beirats, aus Sparmaßregeln (unser Beitrag will sich der Geldentwertung durchaus nicht anpassen!) eine wesentliche Einschränkung der Auf- lage der „Buchbinder-Zeitung“ vorzunehmen, nicht einseitlich von unseren Mitgliedern aufgenommen werden würde, war vorauszusetzen. Doch jeder anders lautende Beschluß würde auf den gleichen Widerstand bei einem Teil der Mitglieder oder der Verwaltungen gestoßen sein. Und wenn man sich heute an ver- schiedenen Orten auch an der Form des Beschlusses stößt (die Auflage auf die Hälfte herabzusetzen und an je zwei Mitglieder eine Zeitung zu geben), so ist es trotzdem viel weniger diese Form, als die Tat- sache der Einschränkung an sich, die zum Widerspruch reizt.

Aus welchen Gründen kam denn unser Ver- bandsbeirat zu seinem Beschluß, den Umfang der Zeitung auf acht Seiten zu belassen, dafür aber die Höhe der Auflage zu beschränken? Zum Teil ist es einseitend bereits gesagt: Das Gefühl, daß die große Masse der zu uns gekommenen Berufs- angehörigen auf seine gewerkschaftliche Bildung kaum Wert legt, was bei der Zusammensetzung unseres Verbandes in besonderem Maße zum Ausdruck kommt, war einer der Hauptgründe mit. Es ist außerordent- lich bedauerlich, daß überhaupt die Frage der Ein- schränkung der Literatur unseres Verbandes Gegen- stand einer ersten Ausprache im Beirat sein mußte. Aber die Unmöglichkeit, den angeblichen Widerstand unserer Mitglieder gegen Beiträge, die der Geldent- wertung angepaßt sind, zu beseitigen, zwang zum Suchen nach Objekten, an denen sich der Sparmaß- telssinn zeigen konnte. Daß dabei die Zeitung als ein auf der Ausgabenliste der Verbandskasse mit obenan stehender Posten nicht unbeachtet bleiben

konnte, ist klar. Würden unsere Verbandsbeiträge mit der Geldentwertung gleichen Schritt gehalten haben, dann wäre die Frage der Einschränkung der Zeitung kaum in den Bereich der Diskussion gezogen worden. Denn soviel ist sicher, eine übermäßige Verteuerung hat unsere Zeitung nicht erfahren, die Erhöhung der Papier- und Druckkosten bewegen sich in der gleichen Bahn, in der die allgemeine Geld- entwertung geht. Würden also unsere Beiträge eben- falls mit dieser Geldentwertung Schritt gehalten haben, dann wäre voraussichtlich an eine Einschrän- kung der Zeitung nicht gedacht worden. So aber ist zu sagen, daß der mangelnde Opfer Sinn vieler Mit- glieder hierzu zwang.

Auf diese Gefahr haben wir schon seit Jahresfrist aufmerksam gemacht, ohne freilich damit zu erreichen, daß unsere diesbezüglichen Mahnungen irgendwelches profetische Resultat gezeigt hätten. Und wenn unser Beirat jetzt die Regelung der Frage nicht mehr länger hinauszuverschieben vermochte, da mußte er sich klar werden, auf wessen Kosten die Einschränkung erfolgen sollte. Soll er diejenigen mit der Ein- schränkung befasten, die ihre Zeitung seither mit aller notwendigen Aufmerksamkeit lesen, die — gleichgültig ob sie mit diesem oder jenem einverstanden waren, was ihnen gedruckt vorgelegt wurde — dennoch auch aus ihrer Zeitung Gewinne zogen? Oder sollte die Einschränkung zu Lasten derjenigen gehen, denen die Zeitung im Verhältnis recht gleichgültig geblieben ist? Die Wahl konnte nicht schwer sein. Wie oft wurde doch berichtet, daß die Zeitung unbenutzt und un- gelesen in den Tischkästen und auf den Arbeits- plätzen usw. zu finden sei. War es da nicht natürlich, daß der Beirat diesem unwürdigen Zustand ein Ende machte durch seinen Beschluß, nur an zwei Mitglieder eine Zeitung abzugeben? War es nicht das Richtige, die seither geübte Verwendungsart zu beseitigen und damit den Zweck der Zeitung zu för- dern? Wenn man sparen muß, weil der mangelnde Opfer Sinn vieler Mitglieder es nicht zuzugeben bringt, daß der Geldentwertung entsprechende Beiträge ge- zahlt werden, wenn man sparen muß selbst an den idealsten Einrichtungen unserer Organisationen, dann darf man sich nicht von sentimentalen Gefühlen leiten lassen, sondern muß versuchen, das Liebel mit der Wurzel und auch mit allen unangenehmen Begleit- erscheinungen auszurotten. Wenn darum jetzt, nach- dem der Beschluß des Beirats einigen Unwillen unter einem Teil der Mitglieder hervorgerufen hat, dem Keim der Sache auf den Leib gerückt wird, dann wäre jedenfalls dem Verband und allen Mitgliedern am besten geblieben. Und dieser Keim ist: Un- passung der Beiträge an die Geldent- wertung. Wenn das geschehen ist, dann dürfte auch die Frage der Einschränkung der Zeitung über- flüssig geworden sein. Durch seinen Beschluß wollte jedenfalls der Beirat die Verbandskasse von großen Ausgaben entlasten, das aber auf einem solchen Wege tun, der am allerwenigsten Widerspruch in unseren Mitgliederkreisen finden würde. Er sagte sich, daß es schon besser sei, seither immer ungetelesen gebliebene Exemplare der Zeitung gar nicht erst zu drucken und zu versenden, weil hier die notwendige Sparmaß- tel an wenigsten empfunden würde. Hätte der Beirat den Umfang der Zeitung beschränkt und beschlossen, künftig statt acht Seiten wieder nur vier Seiten herauszugeben, dann würden wir wieder eine Zeitung haben, die bei dem kleinen Format, das unsere Zeit- ung hat, keinen Menschen befriedigen kann. Und außerdem würde nach wie vor ein wesentlicher Teil ungetelesen bleiben. Es ist sehr zu bedauern, daß unsere mehrfachen Abhandlungen über diese ganze Angelegenheit im Vorjahre nirgends zu einer Dis- kussion geführt haben, und daß erst jetzt, nachdem ein entscheidender Beschluß gefaßt werden mußte, sich viel- facher Widerspruch regt. Unsere Mitglieder sollten mit uns einig sein in dem Gefühl, daß es besser ist, eine gute und in ausreichendem Umfang erscheinende Zeitung mit einem Mitkollegen oder mit einer Mit- kollegin zusammen zu lesen, als daß jedem einzelnen Mitglied eine Zeitung zugestellt wird, die infolge ihres allzugerungen Anfanges nicht befriedigen kann und zum Teil unbeachtet bleibt. Nach wie vor bleibt aber bestehen, daß es gilt, die Ursachen der Sparmaß- tel zu beseitigen, indem die Verbandsbeiträge auf eine der Zeit entsprechenden Höhe gebracht werden.

Lohntarif für die Wellpappenindustrie.

Vom 8. Januar haben in Berlin zwischen Vertretern unseres und des Arbeitgeberverbandes der Wellpappenindustrie Verhandlungen stattgefunden, die zu nachstehendem Ergebnis geführt haben. Die ab 1. Januar und ab 18. Januar zu zahlenden tariflichen Stundenlöhne betragen:

Arbeiter:		Erfahrungsstufe			
		I	II	III	VI
		1922	1922	1922	1922
Im Alter v. 14—16 J.	1. 1.	102,40	100,50	89,10	84,—
	18. 1.	122,85	120,95	106,90	100,75
Im Alter v. 16—18 J.	1. 1.	157,50	155,50	137,—	129,15
	18. 1.	189,—	187,20	164,45	155,—
Im Alter v. 18—20 J.	1. 1.	225,—	223,20	195,75	184,50
	18. 1.	270,—	268,20	234,90	221,40
Im Alter v. 20—23 J.	1. 1.	318,75	316,95	277,90	261,35
	18. 1.	382,50	380,70	332,75	313,65
Ueber 23 Jahre . . .	1. 1.	375,—	373,—	326,25	307,50
	18. 1.	450,—	448,—	391,50	369,—
Arbeiterclassen:					
Im Alter v. 14—16 J.	1. 1.	78,30	76,40	68,25	64,20
	18. 1.	94,—	92,10	81,75	77,10
Im Alter v. 16—18 J.	1. 1.	120,45	117,55	104,80	98,75
	18. 1.	144,60	141,70	125,60	118,60
Im Alter v. 18—20 J.	1. 1.	172,10	168,40	149,75	141,10
	18. 1.	206,55	202,85	179,70	169,40
Ueber 20 Jahre . . .	1. 1.	229,60	228,20	199,65	188,20
	18. 1.	275,40	274,10	239,60	228,85

Die Ortsklasseneinteilung bleibt wie im Manteltarif am 16. Oktober 1922 festgelegt, mit der Veränderung, daß die mit einem Stern versehenen Orte der Ortsklasse III zu den Löhnen der Ortsklasse III einen Zuschlag für männliche Arbeiter von 10 Proz., für weibliche von 7 Proz. erhalten. Das Lohnabkommen hat Gültigkeit bis zum 31. Januar 1923.

Tüten- und Beutelindustrie.

Nachdem nun schon seit einigen Monaten die Zeitlöhne nicht wie früher für jeden Bezirk im besonderen, sondern für alle Bezirke und sonstige Einzelorte insgesamt vereinbart werden, hat die Frage der Regelung des Akkordlohnes noch immer nicht gelöst werden können. Für den Bezirk Schlesien besteht seit geraumer Zeit ein fast für alle vorkommenden Arbeiten ausgearbeiteter Akkordtarif, der vor einigen Monaten auch auf die übrigen Bezirke mit Ausnahme von Sachsen, Thüringen und Anhalt ausgedehnt wurde. Weil es aber als ein Uebelstand empfunden wurde, daß für Faltenbeutel und Papierfäcke ein für alle Bezirke einheitlich festgelegter Preis sich bisher nicht hat vereinbaren lassen, wurde gelegentlich der letzten Lohnverhandlung in Gemeinschaft mit den Unternehmern beschloffen, die ganze Akkordfrage neu zu regeln, und zwar dergestalt, daß für alle vorkommenden Arbeiten allgemein gültige Preise festgelegt werden.

Des Vaters Taschenuhr.

Stizze von Aug. Wypockl.

Wenn ich zuweilen während der Arbeitszeit einen Blick auf meine Taschenuhr werfe, kommt mir jedesmal eine recht trübe Jugenderinnerung. Trotdem diese Uhr das einzige Andenken an meinen Vater ist — ein Erbstück —, habe ich sie mir doch selbst sehr schwer erwerben müssen. Wie das kam, will ich hier erzählen.

Wenn der Ernährer der Familie stirbt, ist es um diese schlimm bestellt; schlimmer aber noch, wenn nach langer Krankheit kein Pfennig Geld im Hause ist. So war es in meinem Elternhause. Ein Stück nach dem anderen von den Mobilien wurde verkauft, zuerst immer das, was am ehesten zu entbehren war. Und als dann vom ganzen Hausstand nur noch die Betten übrig waren, sagte meine Mutter zu mir:

„Junge, jetzt sind wir glücklich am Ende. Wenn wir am Ersten die Miete zahlen sollen, mußt du Vaters Uhr dafür lassen.“

„Das muß ich wohl schon“, antwortete ich kleinlaut.

Und so kam es auch. Als der Hauswirt am Fälligkeitstage unsere Wohnung betrat, um den Mietzins einzutreiben, machte er ein langes Gesicht und suchte, weil kein Geld da war. Zu pfänden gab es auch nichts mehr. Meine Mutter sagte:

„August, gib Vaters Uhr raus.“

Zu diesem Zwecke wurde in diesen Tagen an alle in Betracht kommenden Firmen ein Fragebogen ausgegeben, auf dem alle Arbeiten verzeichnet sind. Unsere Kolleginnen, denn solche kommen dabei durchweg in Frage, sollen nun auf dem Fragebogen angeben, wieviel Exemplare von einer Durchschnittsarbeiterin von jeder Art der Arbeit in täglich achtstündiger Arbeitszeit fertiggestellt werden können. Die Betriebsräte der einzelnen Firmen sind gehalten, die Richtigkeit der gemachten Angaben nachzuprüfen und diese durch ihre Unterschrift zu bestätigen. An der Hand des so gewonnenen Materials wird es unseren Tarifausschußvertretern dann möglich sein, die Durchschnittsleistung für jede Arbeit festzustellen. Gestützt auf diese Leistungsziffern, dürfte es gelingen, Akkordpreise zu schaffen, die endlich einmal auch für diesen Zweig der Papier verarbeitenden Industrie die Akkordlohnfrage einer gerechten und geordneten Regelung zuführt.

An alle unsere Mitglieder, die mit der Feststellung der Leistungsziffern beauftragt werden, richten wir aber die dringende Bitte, mit Sorgfalt darauf zu achten, daß nun nicht etwa Leistungsziffern angegeben werden, die dem entsprechen, was vielleicht die eine oder die andere besonders geübte Arbeiterin zu erzielen vermag, sondern es soll festgestellt werden, was eine Durchschnittsarbeiterin in achtstündiger Arbeitszeit herstellen kann. Nur wenn nach diesen Grundfragen verfahren wird, ist Gewähr dafür geboten, daß Akkordpreise geschaffen werden, mit denen unsere Mitglieder zurecht zu kommen vermögen.

Entscheidungen des Tarifamtes für das deutsche Buchbindergewerbe.

Berlin, 28. Dezember 1922.

Streitfall 14. Die Firma H. in Erfurt weigert sich, die im Tarif unter Ziffer 72 vorgesehene Spezialarbeiterzulage zu zahlen mit der Begründung, daß sie als Mitglied des Reichsverbandes dazu nicht verpflichtet sei, weil der Reichsverband diese Ziffer 72 nicht unterchriftlich anerkannt habe. Das Erfurter Schiedsgericht sprach grundsätzlich die Verpflichtung der Firma zur Zahlung von Spezialarbeiterzulagen aus, überwies jedoch die Frage, wer als Spezialarbeiter zu gelten hat, dem Tarifamt.

Entscheidung: In Ergänzung des Spruches des Tariffschiedsgerichts Erfurt vom 26. Oktober 1922 wird verkündet:

1. In den Betrieben des Reichsverbandes der Buchbindereien sind die Spezialarbeiterzuschläge der Ziffer 72 denjenigen Arbeitnehmern zu zahlen, die früher die Zuschläge von 10 bzw. 20 Pf. erhalten haben und von ihrem Arbeitgeber als Spezialarbeiter anerkannt worden sind.

2. Die Zuschläge sind in diesen Betrieben auch denjenigen Arbeitnehmern zu gewähren, die zu den Spezialarbeitergruppen der Ziffern 94 und 95 gehören und früher Zuschläge von 10 bzw. 20 Pf. bezogen, sofern nicht ihr Arbeitgeber nachweist, daß die Zuschläge ausdrücklich nur als Leistungszulagen (Ziffer 73) bewilligt worden sind.

Der Mann nahm die Uhr, hielt sie eine Zeit lang an sein Ohr, um zu prüfen, ob sie auch ginge und sagte darauf barsch:

„Ich bekomme zehn Mark Miete für den Monat. Das Ding hier ist gar keine zehn Mark wert. Mein Geld muß ich auf alle Fälle haben, und morgen wird die Wohnung geräumt.“

Meine Mutter sagte nichts. Ich war nun schon ein Junge von vierzehn Jahren und sollte in ein paar Wochen in die Lehre treten. Immer noch stand der Mann mit der Uhr in der Hand da und sah die tapfenen Wände unseres Zimmers an. Er spähte umher, ob außer der Uhr noch etwas anderes des Wirtchmens wert sei, fand aber nichts. Endlich sagte ich, um ein Ende zu machen:

„Die Uhr ist mir viel mehr als 10 Mk. wert und wenn Sie sie eine Zeitlang als Pfand annehmen wollen, will ich sie für 10 Mk. ganz bestimmt wieder einlösen.“

„Wovon denn?“ fragte der Hauswirt.

„Ja, das weiß ich jetzt noch nicht. In ein paar Wochen komme ich in die Lehre und dann werde ich schon etwas Geld verdienen.“

Damit gab sich der Mann dann auch zufrieden und ging. Beim Fortgehen sagte er aber nochmals zu meiner Mutter:

„Morgen mittag ist die Wohnung leer, sonst bekommt die Postzeit Arbeit.“

Streitfall 15. Einige Akkordarbeitnehmer der Firma E. in Leipzig fordern als Entschädigung für Ferien und Feiertage ihren Durchschnittslohn, und zwar deswegen, weil der frühere Firmeninhaber über die reichstärklichen Bestimmungen hinaus ihnen diese Vergünstigung gewährt hatte.

Entscheidung: Denjenigen Arbeitnehmern der Firma E. für die beim Tariffchiedsgericht des A.D.B. Leipzig der Antrag auf Bezahlung der Ferien oder der Feiertage nach dem Durchschnittslohn gestellt worden ist, muß diese Art der Entlohnung weitergewährt werden, sofern sie ihnen bei der Vorgängerin der G. m. b. H., der Firma E., regelmäßig und nicht nur vorübergehend oder für eine bestimmte Zeit zugebilligt war.

Streitfall 16. Die Akkordarbeitnehmer der Firma Sp. in Magdeburg fordern, daß ihnen die Zulage, die die Firma seit einiger Zeit in festen Sägen auszahlt, mit 15 Proz. höher zur Auszahlung gebracht wird unter Berufung auf die Ziffer 28 des Reichstarifes, wonach der Akkordarbeitnehmer mindestens 15 Proz. mehr verdienen soll als im Zeitlohn. Die Firmenleitung macht geltend, daß zwecks Schaffung eines neuen Haustarifes die Arbeitnehmer seit 20. Oktober im Zeitlohn beschäftigt werden, müßten keinen Anspruch auf die Erfüllung der Ziffer 28 hätten.

Entscheidung: Den Antragstellern wird aufgegeben, falls ihre Vergütung für die Zeit bis zum 20. Oktober 1922 die in Ziffer 28 vorgeschriebene Höhe nicht erreicht haben sollte, dies näher darzulegen und neuen Termin zur Nachprüfung zu beantragen.

Gewerkschaften und Krieg.

Angeichts der politischen Situation gewinnt die nachstehende Abhandlung von E. Fimmern über die auf dem Saager Weltfriedenskongreß gefassten Beschlüsse besondere Bedeutung.

Friedenskongresse sind dem Weltkriege in langer Reihe und in allen bedeutenderen Ländern gefolgt. Sie sind an sich schon ein Beweis des Misstrauens, das alle, die eine Wiederkehr der Kriegsgrenzen verhindern wollen, gegen die von den Diplomaten getroffene internationale Regelung erfüllt. Aber von keinem dieser vielen Kongresse ist bisher eine nachhaltige Wirkung auf die öffentliche Meinung und noch weniger eine Beeinflussung der Regierenden ausgegangen. So sehr sie als eindringliche Warnung und Aufrüttelung gedacht waren: die von den beteiligten Organisationen aufgewendete Kraft blieb nutzlos verort oder diente bestenfalls nur der Zummunterung der Kongreßteilnehmer. Ueber diesen engen Bezirk wirkten die Kongresse nicht oder kaum hinaus.

Die Erklärung für dieses Mißlingen aller bisherigen Friedenskongresse ist uns schwer aufzufinden. Sie liegt in der Tatsache, daß diese Kongresse ohne Ausnahme von ideell vielleicht wohl starken, zahlenmäßig und mehr noch wirtschaftlich und politisch aber außerordentlich schwachen Strömungen getragen waren.

Es ist bedeutsam und Beweis für die Stärke des Internationalen Gewerkschaftsbundes, daß erst die

Als wir wieder allein waren — meine um drei Jahre jüngere Schwester stand in einer Ecke der Stube und meinte —, sprach die Mutter:

„Ja, ja, wer hätte das gedacht, daß Vaters Uhr noch mal an den Hauswirt verpfändet würde! Das beste wird sein, wir verkaufen nun noch die Betten und ich geh' als Kinderfrau in Stellung. Du, August, kommst ja in die Lehre und bist verlorf. Den Unterhalt für das Mädchen werde ich wohl verdienen.“

„Und wo bleib' ich bis Ostern?“

„Ach, für dich wird sich wohl bis dahin eine Schlafstelle finden.“

Und so wurde es gemacht.

Mutter kam als Kinderfrau nach einem großen Gute in der Nähe unserer Stadt und ich in die Lehre. Mein Lehrherr nahm mich schon einige Wochen früher auf, als ich unsere Familiengeschichte vorbrachte. Soweit war alles ganz gut. Nur wußte ich nicht, wie ich meine Uhr wieder einlösen sollte. Ein Monat war schon vergangen, und ich hatte von Trint- und Taschengeldern noch keine Reichsmark zurückerlangen können. Der Lohn, den meine Mutter erhielt, ging für meine Schwester und meine Kleidung drauf. Als ich die erste Mark voll hatte, brachte ich sie zu dem Hauswirt.

„Sag mal, wie lange glaubst du wohl, daß ich die Uhr aufbewahren soll? Wenn in vier Wochen das Geld nicht voll abgezahlt ist, wird die Uhr einfach verkauft. Also den! daran, was ich dir gesagt habe.“

Friedensbewegung aus diesem Stadium der Ohnmacht herauszureißen und im Haag einen Weltfriedenskongress zu organisieren vermocht hat, der zum erstenmal die Öffentlichkeit zwang, sich mit ihm zu beschäftigen, und er auch von den Regierungen nicht unbeachtet bleiben kann. Das damit dieser Kongress nicht allein dem Umstand, daß auf ihm etwa 40 Millionen Menschen umschließende Organisation aus 29 verschiedenen Ländern vertreten waren, sondern vor allem der Tatsache, daß diese Organisationen eine gewaltige wirtschaftliche Macht darstellen und bereit und entschlossen sind, diese wirtschaftliche Macht für die Sicherung des Friedens und zur Bekämpfung neuer Kriege einzusetzen. Diese Kampfschlossenheit fand ihren deutlichsten Niederschlag in der von dem Kongress angenommenen Resolution der eingesetzten gewerkschaftlichen Kommission, die sich in Inhalt und Tendenz mit der von dem letzten internationalen Gewerkschaftskongress in Rom gefaßten Entschliebung deckt.

Aber der Kongress würde sich amulieren, und der von ihm ausgegangene selbst von der bürgerlichen Presse nicht zu leugnende Eindruck würde sich in das Gegenteil verkehren, wenn der von ihm beauftragte Willenseinheit nicht auch eine Organisierung und Betätigung dieses Kampfwillens in allen Ländern folgen würde. Hierdurch erst werden die Resolutionen des Kongresses etwas Lebendiges, und hierdurch erst findet der Kongress seine wahre Erfüllung.

Es leuchtet wohl jedermann ein, daß dieser technische und organisatorische Teil der vom Kongress gezeichneten Aufgaben unmöglich von dem Kongress selbst Lösung finden, und daß auch die eingesetzte gewerkschaftliche Kongresskommission nur andeutungsweise darauf eingehen konnte. Solche Arbeit erfordert tiefere Gründlichkeit und Sammlung, als es die Hast eines Kongresses erlaubt. Aber abgesehen hiervon berührt sie so eng und einschneidend das Leben und den Organismus der Gewerkschaften, daß sie nur von diesem selbst durchgeführt werden kann.

Der Kongress konnte sich mit dieser Unterlassung um so unbedenklicher abfinden, als ein engeres Komitee, bestehend aus der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Vertretern der wichtigsten internationalen Berufsverbände, bereits auf dem Gewerkschaftskongress in Rom mit der besonderen Aufgabe eingesetzt worden ist, alle weiteren Schritte in Ausführung der Kongressbeschlüsse gegen den Krieg zu unternehmen.

Diesem Komitee fällt eine hohe Verantwortung zu. Es bildet den Generalstab des Krieges gegen den Krieg und hat für die Mobilmachung der internationalen Arbeiterschaft zum Kampfe für den Frieden zu sorgen.

Es liegt auch in der Natur der diesem Komitee gestellten Aufgaben, daß es sich nicht nur auf die rein technische Kampforganisierung beschränken kann, sondern daß es auch die politischen Vorgänge mit scharfem Auge verfolgen und sich insofern auch

selbst mit Fragen der internationalen Politik, insbesondere mit den Ränken der Diplomaten beschäftigen muß.

Diese Erweiterung des Aufgabenspektrums der Gewerkschaftsbewegung ist keineswegs neu. Wiederholt haben Landesorganisationen des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach dem Kriege in die Politik ihres Landes eingegriffen, und wiederholt hat sich auch die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit politischen Vorgängen beschäftigen müssen. Damit beabsichtigt die Gewerkschaftsbewegung keineswegs, wie von Vertretern sozialistischer Parteien auf und nach dem Kongress angebeutet worden ist, die politischen Organisationen der Arbeiterschaft auszuschalten, sondern das Eingreifen in Fragen der Politik wird für die Gewerkschaften zur unausweichlichen Notwendigkeit durch den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik. War eine Abgrenzung dieser Betätigungsgebiete schon vor dem Kriege außerordentlich schwer, so ist diese heute fast unmöglich geworden, und ganz unmöglich, soweit es sich um die durch die Friedensverträge aufgeworfenen Fragen handelt.

Selbstredend wird die internationale Gewerkschaftsbewegung hierbei darauf Bedacht haben, mit den politischen Parteien der Arbeiterschaft in möglichst enger und fester Fühlungnahme zu bleiben. Diese ergibt sich aus der Gemeinsamkeit der Aufgaben und Ziele von selbst. So hat der Internationale Gewerkschaftsbund wiederholt gemeinsam mit den bedeutendsten internationalen Organisationen der politischen Arbeiterparteien zu internationalen Fragen Stellung genommen, und auch der Kampf gegen den Krieg, zu dem der Kongress im Haag das Signal gegeben hat, wird gewerkschaftlich und politische Organisationen des Proletariats immer wieder zusammenführen.

Dies um so mehr, als auch der rein wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften auf immer geschlosseneren Widerstand der herrschenden Klasse stößt und sich damit immer mehr zum Kampf von Klasse zu Klasse zuspitzt, der mit Erfolgssicherheit nur geführt werden kann, wenn die Arbeiterschaft in geschlossener Einheit und nicht in Fraktionen geteilt auftritt.

Aus diesem Grunde bleibt auch die Hand des Internationalen Gewerkschaftsbundes jenen Arbeitern gegenüber ausgestreckt, deren Vertreter auf dem Friedenskongress im Haag die Mitarbeit in unserem Kampfe noch versagen zu müssen glauben. Es hätte wohl niemand in den Reihen des Internationalen Gewerkschaftsbundes erwartet, daß die kommunistische Delegation mit der Friedenspalme auf dem Haager Friedenskongress erscheinen würde. Am Gegenteil: es war für jeden klar, daß die Bescheidung dieses Kongresses durch die russischen Kommunisten nur propagandistische Absichten entspringen war. Darüber vermochte auch der im großen und ganzen verständliche Ton dieser Delegierten nicht hinwegzutäuschen.

Die Bedeutung des Kongresses selbst bleibt dadurch unvermindert. Er hat die Kampfaufgaben für

die internationale Arbeiterschaft nicht nur klar umrissen, sondern auch bewiesen, daß die Arbeiterschaft immer deutlicher die Notwendigkeit entschlossenen und geschlossenen Kampfes gegen die unfähige Bedrückung, welche ihr die herrschenden Klassen in jedem Hinblick auferlegen, begreift. Das muß auch früher oder später zu einem Zusammenfluß der heute noch geteilt verlaufenden Ströme des Proletariats führen aus dem einfachen Grunde, weil der Befreiungskampf der Arbeiter die größtmögliche Sammlung und machtvollste Zusammenballung ihrer Kräfte dringend verlangt, und weil nicht zuletzt auch der Frieden endgültig nur gesichert werden kann, wenn dieser auch in den Reihen der Arbeiterklasse eine Heimstatt gefunden hat.

Steigerung der Arbeitsleistungen.

So notwendig es in Anbetracht unserer elenden wirtschaftlichen Lage ist, die Arbeitsleistungen wesentlich zu steigern, so wäre es doch ein verhängnisvoller Fehler, wenn sich diese Leistungssteigerung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten vollziehen sollte. Wir müssen vielmehr Menschenökonomie treiben, indem wir mit der Arbeitskraft und der Gesundheit der Proletarier ebenso schonend und sparsam umgehen, wie dies mit den Rohmaterialien, den Werkzeugen, Maschinen, Anlagen usw. geschieht. Leider kann sich der Kapitalismus noch immer nicht zu der Erkenntnis aufschwingen, daß der Raubbau an Menschenkraft und Menschengeundheit eine unheilvolle Verschwendung und eine ungeheure Schädigung unseres Wirtschaftslebens ist. Ein richtiger Kapitalist schätzt den lebendigen Menschen gering, weil ihm reichlich Menschen zur Verfügung stehen, und darum vertritt er den Standpunkt, daß die Mehrleistung in den Betrieben aus den Knochen der Arbeiter und Arbeiterinnen herausgeschunden werden muß. Er fordert eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine intensivere Arbeitsweise: der Proletarier soll mehr Arbeitskraft hergeben, während das Kapital an seinen Ueberschüssen nichts einbüßen will.

Abgesehen von der Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß man dem Proletariat größere Lasten aufbürden will, während man selbst lediglich die höheren Erträge in Anspruch nimmt, ergibt sich bei näherer Betrachtung sofort, daß die Stellungnahme der Unternehmer in dieser Frage aus einer rein mechanischen Beurteilung des Wirtschaftslebens entspringt. Sie betrachten unsere Wirtschaft als einen Mechanismus, während sie in Wirklichkeit ein lebensvoller Organismus ist, und sie fassen das Arbeiten als einen mechanischen Vorgang auf, während es doch tatsächlich ein physiologischer und psychologischer Vorgang ist, wobei Körper und Geist und Seele des Menschen mitwirken. Man rechnet ganz falsch, wenn man die Arbeit nach der Elle mißt und deshalb von einer Verlängerung der Arbeitszeit eine Steigerung der Arbeitsleistung erwartet. Überall dort, wo bei

Der Mann hätte es wirklich nicht nötig gehabt, so auf sein Geld zu pochen. Er besaß einige gut vermietete Grundstücke und außerdem ein großes Holz- und Kohlenlager.

„An der Not frisst der Teufel Fliegen und fängt sie auch noch selbst“, sagt ein altes Sprichwort. Und so beschloß ich, meinen Lehrherren um Geld anzugehen. Mein ganzes Sinnen und Trachten war nur darauf gerichtet, wie ich wieder in den Besitz der Uhr gelangen könnte.

„Solch' eine Frechheit ist mir noch nicht vorgekommen“, fuhr der auf, „von was willst du denn das Geld wieder abtragen. Du verdienst doch nichts. Wenn du erst Gehülse bist, wirst du dir schon eine andere Uhr kaufen können.“

„Aber nicht diese, es war meinem Vater seine.“ Mein Lehrherr drehte sich um und ich war abgefertigt. Während der nächsten Wochen zermartete ich mein Hirn, wie ich zu Geld kommen könnte. Pläne wurden gemacht und wieder verworfen. Als ich eines Abends die zweite Mark zu dem hartherzigen Hauswirt brachte, sagte er protzig:

„Nimm dein Geld wieder mit, diese Lumperei will ich nicht haben, ich habe die Uhr an meinen Kutscher verkauft.“

„Das durften Sie nicht, es war mein Eigentum“, entfuhr es mir, und zornig ballte ich die Fäuste.

„Wenn du Lämmel nicht gleich machst, daß du aus dem Hause kommst, laß ich dich rauswerfen.“

„Aber die eine Mark will ich wieder haben, die schon abgezahlt ist.“ Ichrie ich.

Da langte der Mann nach einem Stock, und ich vertieft eilicht das Haus.

In meiner Schlafkammer angelangt, schrieb ich einen langen Brief an meine Mutter. Dabei stieg zum ersten Male in meinem Leben ein Gefühl von Haß gegen alle Menschen in mir auf, die reich sind und diesen Reichtum den Armen bis aufs äußerste fählen lassen. Aber trotz allem Ungemach hatte ich den Gedanken nicht aufgegeben, die Uhr doch noch an mich zu bringen. Gleich am anderen Tage suchte ich den mir bekannten Kutscher auf.

„Wenn dir wirklich so viel an der alten Klapper — damit meinte er die Uhr — liegt, kannst du sie gern wieder haben. Ich will nichts verdienen daran“, gab mir der Kutscher auf meine Vorstellungen zur Antwort.

„Wieviel wollen Sie denn haben dafür?“

„Was ich selbst gegeben habe. Zwölf Mark.“

„Zwölf Mark? Und nein bin ich nur noch darauf schuldig.“

„Das geht mich doch nichts an.“

Wir kamen schließlich überein, daß ich nach und nach das Geld abtragen könnte. Und durch einen

glücklichen Zufall war ich dazu bald in der Lage. In meine Vaterstadt zog ein Sommertheater ein. Die Theaterzettel, die die Gesellschaft haben mußte, wurden in meiner Lehrdruckerei hergestellt. So wurde ich mit dem Theaterdirektor bekannt. Als ich die Zettel für die erste Vorstellung zu ihm brachte, fragte er mich, ob ich nicht eine zuverlässige Person wüßte, die die Zettel in der Stadt austragen könnte.

„Das will ich schon nach Feierabend besorgen“, sagte ich schnell.

Anfangs hatte der Herr Direktor seine Bedenken, dann war er zu meiner Freude doch einverstanden. Ich bekam für das jedesmalige Austragen dreißig Pfennig. Umstände hatte ich nicht viel damit, denn abends mußte ich ja unsere Zeitung von Haus zu Haus tragen. Mein Lehrherr wußte von dieser Nebenbeschäftigung allerdings nichts. Der hätte schon gewettert.

Als die Sommermonate um waren, zog die Gesellschaft weiter. Außer dem Lohn für das Zettelaustragen verdiente ich noch manchen Groschen beim Theater. Wenn Rot an Mann war, mußte ich sogar in kleinen Rollen mitmischen.

Jetzt kaufte ich mir mein väterliches Erbstück wieder zurück. Später allerdings, als ich auf Schusters Rappen die Welt durchzog, wanderte die Uhr noch manchmal ins Pfandhaus. — —

einer Arbeit die körperliche, geistige und seelische Einstellung des Menschen eine Rolle spielt, ist es möglich, ja sogar sehr wahrscheinlich, daß das gerade Gegenteil der Fall sein wird. Bislang hat noch die Erfahrung jedesmal gelehrt, daß in einer kürzeren Arbeitszeit mehr geleistet worden ist, als in einer längeren, und so erscheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß eine zwangsweise Verlängerung der Arbeitszeit gegen den Willen der Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verminderung der Arbeitsleistung im Gefolge haben wird. Jeder äußere Zwang löst nämlich einen inneren Widerstand aus, einen Widerwillen, der das Arbeiten hemmt und verlangsamt. Zwingt man die Proletarier, auf den Achtstundentag zu verzichten und neun oder zehn Stunden täglich zu arbeiten, so werden sie eben innerlich bremsen und darum weniger leisten als vorher. Beim Arbeiten kommt es nämlich wesentlich darauf an, ob der Proletarier körperlich und geistig frisch an die Arbeit herangeht oder ob er übermüdet und abgepannt sein Werk verrichtet, es kommt noch sehr darauf an, wie er sich seelisch zu seiner Arbeit einstellt. Es macht einen himmelweiten Unterschied in bezug auf die Arbeitsleistung, ob ein Mensch widerwillig und gleichgültig seine Tätigkeit verrichtet oder ob er mit Lust und Liebe, mit Interesse und innerer Anteilnahme bei der Sache ist. Ist letzteres der Fall, dann geht die Arbeit ganz anders von der Hand, die Arbeitsleistung wird quantitativ und qualitativ gesteigert. Im Interesse unseres Wirtschaftslebens erscheint es deshalb viel richtiger und vorzuziehen, anstatt durch eine zwangsmäßige Verlängerung des Arbeitstages Unlust und Widerwillen zu wecken, durch eine seelische Umwandlung der arbeitenden Persönlichkeit Arbeitsfreude und Schaffenslust zu erzeugen, damit nicht nur die Hände mechanisch das Werk verrichten, sondern auch Herz und Seele bei der Arbeit mitwirken. Soll dies geschehen, dann müssen verschiedene Vorbedingungen geschaffen werden, damit der arbeitende Mensch nicht mehr Teilstück einer Maschine und eine Nummer im Lohnbuche bleibt, damit er vielmehr in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt wird.

Die wichtige Frage, ob der Mensch mit innerer Anteilnahme oder mit Gleichgültigkeit seine Tätigkeit verrichtet, wird vor allen Dingen dadurch entschieden, wie der Mensch seelisch zur Arbeit steht. Die seelische Stimmung beeinflusst seinen Willen und seine Hand, sie feuert seinen Arbeitseifer an oder lähmt seine Arbeitslust, sie befeuert Geist und Hände oder sie erzeugt Interesselosigkeit, sie macht ihn gewissenhaft oder nachlässig. Kurz sie wirkt sehr stark auf die Quantität und die Qualität der Arbeit ein. Diese seelische Einstellung zur Arbeit wird zunächst bestimmt durch die äußeren Bedingungen, unter denen die Arbeit verrichtet wird. Die Behandlung im Betriebe, die gesundheitlichen Einrichtungen und andere Dinge sprechen mit. Vor allen Dingen kommt es auf drei Fragen an, von deren Beantwortung die Arbeitslust und Schaffensfreude abhängt.

Die erste Frage ist die, wem die Früchte der Arbeit zugute kommen. Es macht einen Unterschied, ob man den Ertrag seiner Arbeit selbst für sich verwenden darf, oder ob er anderen Leuten zufällt. Wer für sich selbst oder seine Familie ein Stück Arbeit herstellt, arbeitet mit ganz anderem Interesse, als wenn er für fremde Leute arbeitet. Daraus erklärt sich die bekannte Tatsache, daß eine Frau im eigenen Hauswesen, im eigenen Garten, bei dem eigenen Vieh eine viel größere Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit entwickelt, als wenn sie im Dienste eines Großgrundbesizers arbeitet. Nun liegt es bekanntlich in der kapitalistischen Wirtschaft so, daß das Kapital in seinen verschiedenen Schattierungen einen unverhältnismäßig großen Anteil der Arbeitserträge für sich beansprucht, während es die Arbeiter mit einem geringen Anteil abspießt. Daß eine solche ungleiche Verteilung des Ertrags zwischen Kapital und Arbeit nicht gerade aufzuwendend auf den Arbeitseifer einwirkt, ist doch selbstverständlich, und darum darf man sich eigentlich kaum wundern, daß wir heutzutage so wenig Arbeitsfreude im Proletariat finden. Woher soll das Interesse an der Arbeit kommen, wenn die Proletarier sehen müssen, daß die Kapitalisten ungeheure Riesengewinne in die Tasche stecken, während die Unterschichten Rat leiden? In dieser Beziehung müßte die Einführung der Plan-

und Gemeinwirtschaft geradezu Wunder wirken, weil sie dem Proletariat die Ueberzeugung beibringen würde, daß sie nicht für den Gedächtnis des Unternehmers arbeiten, sondern für sich und das Gemeinwohl. Soviel steht zweifellos fest, daß ein wirklicher Arbeitseifer, der aus innerer Anteilnahme an der Arbeit entspringt, in einer kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nicht aufkommen kann, wenigstens dort nicht, wo die Proletarier zum Klassenbewußtsein erwacht sind.

Die zweite Frage ist die, wie die Arbeit entlohnt wird. Auch in dieser Beziehung hapert es sehr bedenklich. Trotz der scheinbar hohen Arbeitslöhne geht die Entlohnung der Proletarier tatsächlich zurück, weil jede Lohnerhöhung durch eine Preissteigerung aufgezehrt wird. Und da gibt es noch Leute, die die Unerschämtheit besitzen, von einem Abbau der Löhne zu sprechen und den Proletariern Sparfamelei und Genügsamkeit zu empfehlen. Ist es nicht eine Sünde und Schande, daß jede Preissteigerung als eine unabwehrbare Notwendigkeit hingestellt wird, mit der man sich einfach abfinden muß, daß aber jede Lohn- und Gehaltserhöhung dem Unternehmertum mit einer Kneiffzange aus den Zähnen gerissen werden muß? Den Mangel an wirtschaftlicher Einsicht und an sozialem Empfinden, den das Unternehmertum bei jeder Lohnverhandlung an den Tag legt, erregt in den proletarischen Schichten Unzufriedenheit, Unlust und Mißstimmung, was natürlich zur Steigerung der Arbeitsfreude nicht beiträgt. Wie muß es auf die Unterschichten wirken, wenn sie sehen müssen, daß die besitzende Klasse sich nach Möglichkeit vor Steuern und Abgaben drückt, den Unterschichten aber alle Lasten aufzubürden sucht? Offenbar fehlt es diesen Leuten an Gemeininn und Volkssolidarität, sie haben kein soziales Gewissen, und daraus erklärt sich die ablehnende Stellung des Proletariats zu einer Steigerung der Arbeitsleistungen.

Die dritte Frage ist die, wie die Arbeit rechtlich und gesellschaftlich gewertet wird. Zweifellos hat ein Mensch mit einem stark ausgeprägten Rechtsbewußtsein nur ein geringes Interesse an der Arbeit, wenn er überall beobachtet hat, daß man ihn als einen Menschen minderen Rechts betrachtet und behandelt. Ebenso verhält es sich mit einem Arbeiter, der sich seiner Menschenwürde bewußt geworden ist, wenn er sehen muß, daß er als minderwertiger Mensch gilt. Es ist nun heute einmal so: ein Klassen- und selbstbewußter Proletarier will nicht mehr ein rechtloser Sklave und ein mißachteter Paria bleiben, er erhebt Anspruch auf Recht und Freiheit und Mitbestimmung, auf Ehre, Achtung und Menschenwürde. Diese seelische Umwandlung des modernen Proletariats wird von dem Unternehmertum und seinen Vertretern öfters zu wenig berücksichtigt. Man sieht noch immer in der Meinung, man könnte mit dem Proletariat der Gegenwart so umspringen, wie es vor Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Das ist ein verhängnisvoller Fehler, der sich bitter rächen muß. Allerdings besteht bei uns theoretisch die Gleichberechtigung und die soziale Gleichwertigkeit, aber in der Praxis merkt man nur sehr wenig davon. Noch immer halten sich die besitzenden Klassen auch für die bevorrechteten Klassen, indem sie in Staat und Gemeinde die Herrschaft beanspruchen und auch im Wirtschaftsleben allein bestimmen wollen. Noch immer bilden die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten“, wie sie sich mit Stolz nennen, auf die Unterschichten mit Verachtung herab. Der Mann im Arbeitsittel, die Frau in der Arbeitsstufe gelten als Menschen zweiter, dritter und vierter Klasse, während die Nichtstuer und Faulenzer, die Ausbeuter und Blutsauger durch ihr prohenhaftes Auftreten beweisen, daß sie sich turmhoch erhaben fühlen über die gewöhnlichen Proletarier. Daß ein solches Benehmen böses Blut erzeugen muß, leuchtet ohne weiteres ein und daß die Verachtung und Entrechtung der Arbeiter keine Arbeitsfreude aufkommen läßt, ist ebenfalls selbstverständlich. Würden die Oberschichten etwas mehr Rücksicht nehmen auf die Stimmung der Proletarierseele, dann würde manches besser sein bei uns.

Solange der Proletarier die Ueberzeugung nicht los wird, daß er nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich und gesellschaftlich hinter den anderen Bevölkerungsschichten weit zurück steht, solange kann man von ihm beim besten Willen nicht verlangen, daß er freudig und willig am Wiederaufbau Deutsch-

lands mitarbeitet. Erst wenn sein Rechtsbewußtsein und sein Selbstbewußtsein Befriedigung findet, wird auch sein Pflichtbewußtsein ihn veranlassen, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Alle anderen Methoden müssen verjagen, weil es auf den lebenden Menschen, die arbeitende Persönlichkeit, ankommt. Erst wenn der Proletarier in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt worden ist, kann unser Wirtschaftsleben wieder gesund werden. F. D.

Aus unserem Beruf.

Deutsche Bücherlieferungen nach Italien.

Italienische Blätter geben Einzelheiten bekannt über einen Vertrag, der zwischen der italienischen und der deutschen Regierung über die Lieferung von deutschen Büchern an italienische Bibliotheken abgeschlossen worden ist. Die Lieferung erfolgt auf Reparationskonto, kostet Italien also keinen Pfennig. Der Wert der Bücherlieferungen soll sich auf 4 Millionen Goldmark belaufen, und mit den deutschen Buchlieferungen sollen die Büchereien ausgefüllt werden, die in den öffentlichen Bibliotheken während und unmittelbar nach dem Kriege entstanden sind. Ein erheblicher Teil der Werke ist im Buchhandel vergriffen, und wo dies der Fall ist, hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, von den Bibliotheken etwa noch vorhandene Stücke aufzukaufen. Das Geschäft kostet der deutschen Regierung rund 6 Millionen Papiermark.

Wuch eine außerordentlich wertvolle österreichische Bibliothek von rund 10 000 Werken soll Blättermeldungen zufolge nach Rom verpflanzt werden; es handelt sich um eine ehemals dem Jesuitenorden gehörende Büchersammlung. Die italienische Regierung hat diese Sammlung für den Vatikan in Anspruch genommen, und die Bibliothek ist denn auch von Oesterreich aus freigegeben worden und soll im Vatikan zur öffentlichen Benutzung untergebracht werden.

Schulbücher in Preußen.

Das preussische Unterrichtsministerium weist in einem Erlaß an die Regierungen darauf hin, daß die Preise der Schulbücher eine Höhe erreicht haben, die zu einer Gefahr für den Schulbetrieb zu werden droht. Weiten Kreisen der Eltern werde es kaum noch möglich sein, die Schulbücher für ihre Kinder zu kaufen. Der Erlaß fordert daher auf, alles zu tun, was geeignet ist, diese Schulbuchnot zu lindern, er verweist insbesondere auf das Mittel der „Hilfsbüchereien“, aus deren Beständen Schulbücher an Kinder minderbemittelter Eltern, zum Teil gegen Entgelt, verliehen werden. Solche Einrichtungen bestehen an zahlreichen Schulen und haben sich bewährt; es wird auch liebend, daß Eltern die Bücher, die ihre Kinder nicht mehr brauchen, für möglichen Preis der Schule überlassen. Der Schulbetrieb würde sehr beeinträchtigt, wenn vielen Kindern die nötigen Bücher fehlten. Die Hilfsbüchereien können dieser Not begegnen, wenn ihnen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Der Unterrichtsminister vertraut, daß die Gemeinden und sonstigen Schulunterhaltungspflichtigen bereit sein werden, Mittel zu stellen. Die Vertreter des Verlagshandels haben erklärt, Maßnahmen dieser Art unterstützen zu wollen. Die Hilfsbüchereien sind als Wohlfahrtsanstalt nur für diejenigen Kinder bestimmt, deren Eltern nicht imstande sind, die Schulbücher anzuschaffen. Diesen Eltern und Kindern und damit der Schule beizuhelfen, ist eine dringende Aufgabe.

Möbel aus Pappe?

Ein Helmstedter Architekt hat ein Verfahren zur Herstellung von Möbeln aus Pappe erfunden und hat das Verfahren in einem Kleinbetrieb in Helmstedt bereits ausgeprobt. Die von ihm hergestellten Möbel sollen sehr dauerhaft und verhältnismäßig preiswert sein. Zur Ausübung seines Verfahrens will er eine große Fabrik errichten. Da nach dem Gutachten der Stadt ein öffentliches Interesse vorliegt, den Betrieb im Lande zu behalten, hat der Staat Braunschweig dem Erfinder einen Teil der Domäne St. Ludgeri zu außerordentlich billigem Preis überlassen. Auf diesem Grundstück soll jetzt eine große Fabrik errichtet werden.

Berichte.

Dresden. Die Jahrestelle Dresden hatte Ihre Weihnachtsfeier zum Anlaß genommen, um ihren Jubilaren eine würdige Ehrung zu bereiten. In feierlicher Weise, unrahmt von künstlerischem Konzert und Gesangsdarbietungen, wurden den zehn Jubilaren die Diplome des Verbandsvorstandes und die Freischrift der Jahrestelle Dresden von deren 25jährigen Grün-

dungsfest 1910 überreicht. Die eindrucksvolle, mit starkem Beifall aufgenommenen Festspreche hielt Kollege Lange. Die Gesangsbeiträge führte der Volksmännerchor, der von jeder mit seiner Zahlstelle in innigem Kontakt gestanden, in vorbildlicher Weise aus. Nachdem die Kollegen Lange, Samann, Beuer, Brumme, Eichler und Schönberg bereits in früheren Jahren ihr Jubiläum begangen, konnten diesmal die Kollegen Bernhardt, Birtnier, Carlsoff, Gräfe, Krause, Mäge, Nindl, Schreyer, Weichelt und Zopf auf eine teilweise mehr als 25jährige Mitgliedschaft zurücksehen. Kollege Krause dankte im Namen der Jubilare, er wandte sich vor allem an die junge Kollegenschaft, diese auffordernd, den in zäher, unermüdlicher Kleinarbeit zum Siege gebrachten Organisationsgedanken hochzuhalten und zu vertiefen.

Kassel. In unserer Generalversammlung am 9. Januar, die sehr gut besucht war, erstattete Graf den Jahresbericht. Mit der Wahrung, im neuen Jahre mehr denn je dem Verband die Treue zu halten, um dieser schweren Zeit begegnen zu können, verknüpfte er den Dank an alle Kollegen und Kolleginnen, die durch agitatorisches Wirken die Zahlstelle auf bald 700 Mitglieder gebracht haben. Leider glaubt noch eine Anzahl weiblicher und männlicher Kollegen am Ort, ohne Verband auskommen zu können, da sie ja Tariftöbne beziehen und nun ohne Beitragszahlung schwärzen. Diese der Zahlstelle als Mittelglieder zu gewinnen, sollte jeder mitstreifen. Die Vorstandsarbeit hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Graf, 2. Vorsitzender Kröber, 1. Kassierer Bachmann, 2. Kassierer Steinbrück, Schriftführer Etel, Beisitzer Baden und Kollegin Wehrmann, Revisoren Leber und Rößberg. Unser langjähriger Kassierer Rößberg hatte eine Wiederwahl abgelehnt, ihm wurde der Dank für seine Mühe und Arbeit für die Zahlstelle ausgesprochen. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, pünktlich den Beitrag zu leisten und einig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Kevelaer. Am 12. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in der nach lebhafter Aussprache die Gründung einer Zahlstelle beschlossen wurde. Sehr lange hat es gedauert, bis in dieser äußersten Ecke des Reichs der Gedanke der einheitlichen Organisation Wurzel schlug. Stete Arbeit führt zum Ziel. In kurzer Zeit ist es die zweite Zahlstelle, die am Niederrhein neu gebildet wurde. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Christian Wolff, zum Kassierer Kollege Gerhard von Gifferten gewählt. Außerdem wurden Schriftführer, Beisitzer und Revisoren gewählt. Die Wahlen machten keine Schwierigkeiten, da alle Vorgesprochenen sich bereitwillig zur Verfügung stellten. Aus der Debatte ging hervor, daß die junge Zahlstelle Arbeit genug vorfindet. In dieser Gebetsstadt besteht bis heute noch kein Tariffschiedsgericht. Die Andolenz der Berufsangehörigen ist noch sehr groß, das Vertrauen in die eigene Kraft schwach entwickelt. Die Arbeitgeber erlauben sich vielfach Praktiken, die anderswo kaum möglich wären. Das System der schwarzen Listen wird trotz gesetzlicher Verbote gehandhabt. Der Reichstarif wird nur ungenau eingehalten, wobei zu beachten ist, daß Kevelaer immer noch in der 4. Ortschaft ist. Der Zustrom der Holländer und der starke Fremdenverkehr durch die Wallfahrer macht aber Kevelaer zu einem sehr teuren Ort, und allseitig wurde verlangt, daß Kevelaer in die 1. Ortschaft komme, weil es hier viel teurer ist als in den Großstädten. Andere Berufe am Ort haben einen um mehr denn 100 Mk. pro Stunde höheren Tariflohn. Der Buchbinder, ebendam der bestbezahlte Arbeiter, ist ganz ins Hintertreffen geraten, er weiß nicht, wie er seine Familie durchbringen soll. Es ist die höchste Zeit, daß ein frischer Wind in die stäbliche Luft kommt. Eine eifrige Werbearbeit wird die Zahlstelle zu einem blühenden Reis am Baum des Verbands machen.

Nürnberg-Fürth. In zwei überfüllten Versammlungen am 9. Januar in Nürnberg und am 10. Januar in Fürth nahm unsere Kollegenschaft den Bericht über die letzten Lohnverhandlungen mit den „Apl“- und „Abdel“-Verbänden entgegen. Außerdem wurde in beiden Versammlungen über „Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften“ von den Kollegen Baler-Nürnberg und Eberhard-Fürth referiert. Weinländer gab einen Bericht über den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen mit den Unternehmern, wobei er darauf hinwies, daß auch unsere Unternehmer versucht haben, vor Mitte Januar entweder gar keine Lohnerhöhungen oder nur ganz minimale zu bewilligen. Befriedigung konnten beide Lohnabkommen in keiner Weise auslösen, weil sie einen Ausgleich mit der Teuerung nicht bringen. In der Diskussion wurde dem Unmut darüber Ausdruck verliehen, daß man jetzt schon im Arbeitgeberlager die Zeit als getommen ansetzt, möglichst keine Lohnerhöhungen mehr zu bewilligen, trotz der immer mehr steigenden Teuerung. Jurecht ist der Geschäftsgang allgemein wohl nicht mehr flott. Da-

gegen kann von einer schlechten Konjunktur auch nicht gesprochen werden. Es handelt sich nur um eine gewisse Stille, die im Monat Januar immer zu verzeichnen war.

Die Referate der Kollegen Baler und Eberhard, denen die Versammelten mit großem Interesse folgten, lösten stürmischen Beifall aus. Vor allen Dingen betonten beide Referenten, daß wir in einer neuen Zeit leben, die es mehr denn je notwendig macht, daß die Arbeiterchaft ihre geistigen Waffen schärfst, indem sie alle Möglichkeiten aufklärender Kurse über das Betriebsrätegesetz und sonstiger notwendiger Gebiete ausnützt. Nur dadurch wird die Arbeiterchaft auf die Höhe kommen, um einen sachverständigen Einblick in alle mit der Produktion zusammenhängenden Faktoren zu gewinnen. Scharf gingen die Referenten mit den sogenannten Nationalsozialisten ins Gericht, die mit den schäblichsten Mitteln versuchen, die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu sprengen. In gebührender Weise wurden die Zerstückelungsbestrebungen der Arbeiterzerpitterer von rechts und links gezeigelt und darauf hingewiesen, daß die deutsche Arbeiterchaft es niemals dulden wird, ihre Gewerkschaften zerstückeln zu lassen. Diese Ausführungen lösten begeisterten Beifall aus, ein Beweis dafür, daß sie volles Verständnis gefunden haben.

Bezüglich der eingeschränkten Zustellung der „Buchbinder-Zeitung“ ertönten bittere Klagen. In der jetzt ganz besonders schweren Zeit muß eine solche Einschränkung nachteilig wirken. Entrüstete Proteste gegen diese unverständliche Sparmaßnahme wurden laut und betont, daß man in der augenblicklichen Zeit unser Organ nicht einschränken könne. Jedenfalls beweisen diese Proteste mit aller Deutlichkeit, daß unsere Zeitung jetzt mit weit mehr Interesse und Aufmerksamkeit gelesen wird, als es in früheren Jahren leider der Fall war. Diese erfreuliche Tatsache, daß unsere Mitglieder so an der Zeitung hängen, sollte dazu führen, daß die verfügte Einschränkung sofort wieder aufgehoben wird.

Der sehr harmonische Verlauf dieser überfüllten Versammlungen hat die erfreuliche Erfahrung neuerdings bestätigt, daß unsere Kollegen und Kolleginnen jederzeit bereit sind, kühnlos aufzumarschieren, um die Organisation unter allen Umständen hochzuhalten, sie mit allen Mitteln zu verteidigen gegen irgendwelche Zerstückelungsbestrebungen, mögen diese herkommen, wo sie wollen, gleichzeitig aber auch ebenso geschlossen und einig zur Stelle sind, wenn es gilt, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren.

Internationales.

Tschechoslowakei. Infolge resultatloser Verhandlungen mit den Unternehmern hat der tschechische Minister für soziale Fürsorge eine Entscheidung in dem schwebenden Lohnkampf gefällt, die für unsere tschechische Kollegenschaft eine Lohnreduktion von 6,7 Proz. des Reallohnes (von 10,5 Proz. der bisherigen Teuerungszulage) darstellt. Nach diesem Schiedsspruch werden jetzt in der Tschechoslowakei gezahlt an gelernte Buchbinder von 119 Kr. bis zu 248 Kr. An Arbeiterinnen werden gezahlt von 49 Kr. bis zu 133 Kr. Diese Sätze gelten ab 1. Januar.

Kundschau.

VWB. Die Belegung des Ruhrkohlenbedens. Alea jacta est! Die Würfel sind gefallen. Das deutsche Volk und mit ihm die gesamte zivilisierte Welt sind einig in der Beurteilung jenes Gewaltaktes, der unter dem Deckmantel der Schuldenbeitreibung die Besetzung wichtiger Wirtschaftskräfte vom Körper Deutschlands begreift. Es fragt sich jetzt, was unter den obwaltenden Umständen getan werden kann, um jenen Anschlag auf unsere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit wirkungslos zu machen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat hat seinen Sitz von Essen nach Hamburg verlegt und damit die Beschlagnahme seiner Archive unmöglich gemacht. Dem Organismus des Ruhrbergbaus fehlt damit der Kopf, der die einzelnen Glieder zu gleichmäÙiger Zusammenarbeit in Bewegung setzt. Es wird nicht leicht sein, eine gut funktionierende neue Organisation unter Leitung fremder Elemente an die Stelle des Syndikats zu setzen. Den Ruhrbergarbeitern, die besonders in vergangenen Jahre in bemerkenswerter Selbstaufopferung alles daran gesetzt haben, um die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu ermöglichen, gebührt in dieser schweren Stunde besondere Sympathie. Die eingebrungenen Franzosen werden zweifellos versuchen,

die Belegschaften der Ruhrzechen mit Zuckerbrot und Peitsche zur Aufrechterhaltung der bisherigen Produktion anzupumpen. Wenn auch in der ersten Zeit vielleicht durch Verteilung von Lebensmitteln oder durch Gewährung höherer Löhne verjagt wird, die Fremdherrschaft in günstigerem Lichte erscheinen zu lassen, dann ändert das doch nichts an der Tatsache, daß es sich um eine unerbittliche Ausbeutung deutscher Bodenschätze handelt und daß jede Tonne Kohle, die außer Landes geschafft wird, dem Reiche, der Industrie und der Bevölkerung des ganzen Reiches entzogen wird. Gewalt bleibt Gewalt, Zwang bleibt Zwang.

Auf der Zwangsarbeit ruht aber erfahrungsgemäß kein Segen. Sie kann niemals die hohen Leistungen freiwilliger Arbeit erreichen und wird in dem, der sie leisten muß, von Tag zu Tag immer wieder das bittere Gefühl des Sklaven- und Kullibaisens wecken. Wer in der hinter uns liegenden Kriegszeit das Unglück hatte, in Gefangenschaft zu geraten und wer dort mit dem Bajonett zur Arbeit getrieben wurde, der kann ungefähr die Empfindungen beurteilen, mit denen unsere Ruhrbergleute jetzt diese Zwangsarbeit verrichten und mit denen sie den Lohn aus der Hand der französischen Gewaltmenschen entgegennehmen. Sie werden sich immer wieder ihrer Genossen im unbesetzten Deutschland erinnern, die durch die Entziehung der Ruhrkohle zu Arbeitslosigkeit und Not verurteilt sind. Mancher unter uns, der sich in der zurückliegenden Zeit hinsichtlich der Reparationsfrage einem zu weitgehenden Optimismus hingelassen hatte, schwebt jetzt in Gefahr, einer fatalistischen Stimmung zu verfallen. Im Gefühl der Arbeitslosigkeit sind viele nur zu leicht geneigt, alle Hilfe von außen zu erwarten und selbst die Hände in den Schoß zu legen. Das wäre jedoch verfehrt. Das deutsche Volk ist nicht völlig wehrlos gegen fremdländischen Militarismus und Imperialismus. Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit der Rheinlande wird nicht mit den alten Mitteln des Krieges geführt werden. Die Geschichte lehrt, daß zahlreiche Eroberer trotz größter militärischer Erfolge sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen mußten, weil die erhoffte Unterstützung der unterjochten Bevölkerung ausblieb. Im unbesetzten Deutschland wird sich in den nächsten Wochen und Monaten eine durchgreifende Umstellung der wirtschaftlichen Organisation vollziehen müssen. Die Industrie muß unter allen Umständen versuchen, die den uns verbliebenen Kohlenvorräten auszukommen. Die Belegschaften der in deutschen Händen verbliebenen Zechen haben vor der deutschen Arbeiterchaft und dem gesamten deutschen Volk die besondere Pflicht zur äußersten Anspannung aller Kräfte, um ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit durch Stilllegungen weiterverarbeitender Betriebe infolge Kohlenmangels zu verhindern. Besonders auch muß denjenigen Kreisen, die bisher ungeachtet aller Not noch in Saug und Braus gelebt und sich von Spekulationsgewinnen gemästet haben, die Pflicht zur Umkehr nachdrücklich eingeschärmt werden. Wo diese notwendige Selbstbeschränkung nicht herbeigeführt wird, muß der Staat in seinem eigensten Interesse zu den schärfsten Mitteln greifen. Wie bejunden uns augenblicklich in einer Lage, die gefährlicher ist als der Krieg. Kommt uns die Zuspitzung der Gegensätze zwischen unseren früheren Kriegsgegnern zu Hilfe, dann kann vielleicht gerade der in diesen Tagen am deutschen Volke verübte Gewaltakt der Auftakt zu einer besseren Zukunft werden. Die Politik der militärischen Erpressung ist auf dem besten Wege, ein furchtbares Fiasko zu erleben und sich selbst zugrunde zu richten. Für uns aber sollte diese neue schwere Prüfung zum Ausgangspunkte einer geistigen Erneuerung werden. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß gewisse Kreise unseres Volkes bisher von der Not nicht berührt wurden, daß sie sogar aus dieser Not noch besonderen Vorteil gezogen haben. Dem gilt es jetzt ein Ende zu machen.

Gemeinnützige Baugesellschaften. Dem Leipziger Gewerkschaftskongress lag ein Antrag zur Behandlung vor, die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterchaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen. Dieser Antrag ist der Ausdruck dafür, daß sich die Arbeiterchaft nach wie vor dafür einsetzt, die privatkapitalistische Produktion durch die sozialistische Gemeinwirtschaft abzulösen. Gewiß

ist der Kapitalismus stark verankert, er zeigt uns aber gerade in der Gegenwart mehr als je seinen schädlichen Einfluß auf unser gesamtes Wirtschaftsleben. Die Arbeiterschaft ist fortgesetzt damit beschäftigt, durch Lohnkämpfe die Folgewirkungen des ungehemmten Kapitals auszugleichen. Trotz aller materiellen Erfolge ist nicht zu bestreiten, daß ganz systematisch eine weitere Verschlechterung der Gesamtlage eintritt, weil das Kapital jede Lohnaufbesserung sofort durch Preiserhöhungen wieder pariert. So bewegen wir uns dauernd im Kreise, aus dessen Ring wir nicht herauskommen, wenn wir nicht zu anderen Wegen uns entschließen. Die Arbeiterschaft muß sich zur Durchführung des praktischen Sozialismus bekennen. Die Sozialisierung unserer Gesamtwirtschaft, so schwer sie sein mag, muß unser unumstößliches, geraden Wegs zu erstrebendes Ziel sein. Und was nicht auf einmal möglich ist, das muß in Abschnitten zu erreichen versucht werden. Die Arbeiterschaft repräsentiert durch ihre gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen ein Stück Macht, die planmäßig in den Dienst der Sozialisierung gestellt werden muß. Die Gewerkschaften können und müssen die Träger der erforderlichen Organisationsarbeiten werden. Die Sozialisierung von unten ist das Gebot der Stunde!

Ein außerordentlich wichtiges Teilgebiet unserer Wirtschaft ist das Bauwesen. Man denke nur an die große Wohnungsnot und vergebenswärtige sich den Wucher mit den Baukosten. Hier wird eine gemeinwirtschaftliche Regelung zur unerlässlichen Pflicht. Entsprechend der Anregung des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist vielerorts die Arbeiterschaft zur Tat geschritten, sie hat sich gemeinnützige Baubetriebe geschaffen. Der Zweck dieser gemeinnützigen Bauvereinigungen ist die Ausfüllung von Bauarbeiten jeder Art, die Übernahme ganzer Bauaufträge auf Bestellung, die vorzugsweise zur Förderung der Kleinwohnungsfrage für die minderbemittelte Bevölkerung durch Verbilligung der Bauweise dienen. Maßgebend soll der Grundsatz sein, für die Allgemeinheit möglichst billige und gute Bauten als Treuhänder der Auftraggeber zu erstellen.

Die Gesellschaften beschränken sich in der Regel auf eine ausschließlich gemeinnützige Tätigkeit; sie sollen nach kaufmännischen Grundsätzen, vor allem nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit geführt werden und auf eine angemessene, für gemeinnützige Unternehmen zugelassene Verzinsung Bedacht nehmen. An der Bevölkerung liegt es, die neuen Unternehmen der Arbeiterschaft durch Wort und Tat kräftig zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß die Produktion auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage immer weiter entfaltet wird. Denn nur so ist es möglich, in die Wirtschaft einzudringen und mitbestimmenden Einfluß zu erlangen und die hieraus zu schöpfende Erfahrung kann wieder in Vorteilen und Macht für die Arbeiter umgewandelt werden.

Die deutschen Arbeitnehmer als Steuerzahler. Im Anschluß an unsere Abhandlung „Die deutschen Gewerkschaften bei der Regierung“ in unserer letzten Nummer wird uns noch geschrieben: In dem Kampfe der jetzt im Reichstag und in der Presse um die Verringerung der Einkommensteuer für 1922 und 1923 geführt worden ist, sind interessante Zahlen über den Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger im deutschen Steuerabkommen bekannt geworden, die deutlich zeigen, daß es die Arbeitnehmerschichten sind, die durch den laufenden Steuerabzug in gutem Glauben die Staatsfinanzen noch einigermaßen über Wasser halten. Im ganzen entfallen in den Monaten Januar bis Juli 1922 von 183,2 Milliarden Reichseinkommen zwei Drittel auf die Einkommens-, Umsatz- und Kohlensteuer, ein Reintel auf die Kapital-, Besitz- und Verkehrssteuer und knapp ein Zehntel auf die Ausfuhrsteuer. Der Anteil des Steuerabzugs der Lohn- und Gehaltsempfänger an der gesamten Einkommensteuer war vom April bis Juli 58,2 Proz., im August 57,1 Proz., im September 58,3 Proz. und im Oktober 72 Proz., d. h. die Hauptlast der Einkommensteuer wird gerade in der Zeit der größten Geldentwertung von derjenigen Schicht getragen, die auch sonst stärker als die Besitzenden unter den Folgen der Geldentwertung zu leiden hat. Die nunmehr beschlossenen Erleichterungen der Einkommensteuer für 1923 nützen nur denjenigen, die bisher keine Steuern bezahlt haben. Interessant dürfte folgende Berechnung der „Holzarbeiterzeitung“ sein: Ein Arbeiter mußte 1921 zur Leistung eines bestimmten Steuerabzuges 145,5 Arbeitsstunden aufwenden. Hätte derselbe Ende 1922 seine Steuer bezahlen können, so hätte der Aufwand für denselben Steuerbetrag noch 11,5 Arbeitsstunden betragen, Ende Oktober nur 8,2 und Anfang November nur noch 5,9 Arbeitsstunden.

Ein Gesetz gegen den Brotwucher in — Frankreich. Ein merkwürdiger Streit in Frankreich, der der Bäder, hat die französische Gesetzgebung gegen den Lebensmittelwucher um einen Schritt weiter ge-

bracht. Die Höchstpreise für Brot wurden in Frankreich behördlich festgelegt, und so sind auch Straßenbäder, die die Höchstpreise überschritten haben, verhängt worden. Diese sind dann mit der rechtlich haltbaren Begründung in den Streit getreten, daß sie ihrerseits den Mühlern, welche die Mehlpreise ganz willkürlich festsetzen, ausgeliefert sind. Daraufhin hat die Gesetzgebung trotz beträchtlicher Müheninteressen, die im Parlament vertreten sind, eine Gesetzesvorlage beraten und angenommen, laut welcher nunmehr auch der Mehlhandel unter Kontrolle gestellt und auch für Mehl Höchstpreise festgelegt werden können. Es wurde auch ein sozialistischer Antrag angenommen, wonach den Parlamentsmitgliedern verboten ist, an den Leitungen von Finanzinstituten, sowie besonders auch Mühlenkonzernen, teilzunehmen.

Die Steuerfolgen der Milliardäre. Die unzureichend das Kapital durch unsere Steuerleggebung erfasst wird, zeigen folgende Beispiele:

Wenn ein Besitzer eines Pakets von Aktien der A.G. im Nennwerte von einer Million diese nach dem heutigen amtlichen Kurse bewertet, so ergibt sich für ihn ein Besitz von 60 Millionen Papiermark. Nach dem amtlich festgesetzten Steuertarife, der für die A.G.-Aktien 400 Proz. beträgt, repräsentiert diese Aktie einen Wert von vier Millionen Mark. Angenommen, der glückliche Besitzer dieses Aktienpakets habe auf diese Effekten eine Bankschuld von zehn Millionen Mark aufgenommen, so ergibt sich unter Zugrundelegung des Steuertarifes das merkwürdige Bild, daß er vier Millionen Mark schuldig ist, also kein „Vermögen“ besitzt und nicht zur Zwangsanleihe herangezogen werden kann, während in Wirklichkeit sein Vermögen in A.G.-Aktien allein einen Wert von 60 weniger 10 gleich 50 Millionen Mark repräsentiert. Angenommen ein Besitzer von 1 Million Harpener Aktien im Nennwerte von einer Million, d. h. nach dem heutigen Kurse von 600 bis 650 Millionen Papiermark, habe auf diesen Besitz 20 Millionen Mark bei einer Bank geliehen, so braucht er, da er bei einem Steuertarife von 885 dieses Aktienpaket offiziell nur einen Wert von 8,85 Millionen repräsentiert, ebenfalls keine Zwangsanleihe zu zeichnen, denn er steckt ja nur mit 11,15 Millionen Mark in der Bankschuld.

Deutschler lassen sich die Auswüchse unseres Steuerwesens kaum illustrieren. Man fragt sich unwillkürlich, welchen Zweck denn die Beratungen des Reichsfinanzministeriums mit den Sachverständigen der Bankwelt gehabt haben. Offenbar hat man sich in den maßgebenden Kreisen gründlich über den Köffel barbierten lassen.

Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene. Der Arbeitsausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, der mit der Aufstellung der Satzung, des Arbeitsplanes und der Wahl des Vorstandes beauftragt war, hat in seiner ersten Sitzung am 18. Dezember in Berlin sich dieser Aufgabe entledigt. Der Arbeitsausschuß setzt sich zusammen aus je einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsgesundheitsamts, des Reichsversicherungsamts, der Deutschen Krankenkassen, des Instituts für Gewerbehygiene, je zwei Vertretern des Verbandes der Deutschen Berufsvereinigungen und des Vereines deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten, je drei Vertretern der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und sechs von der Mitgliederversammlung seinerzeit gewählten ärztlichen Gewerbehygienikern. Als Ziele der Gesellschaft wurden neben der Abhaltung einer Jahres-Mitgliederversammlung die Unterfertigung wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und Berufsverkränkungen, die Veranstaltung von Vorträgen über Gewerbehygiene und Berufsverkränkungen, die Unterstützung der gewerbehygienischen Fachpresse in erster Linie in der Satzung festgelegt. Mitglieder können werden jeder deutsche Staatsangehörige, Behörden, Juristische Personen, Körperschaften, Handelsgesellschaften und dergleichen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt für das Jahr 1923 für Einzelpersönlichkeiten 500 Mk., für Körperschaften 10 000 Mk. Dazu kommt ein Eintrittsgeld von 200 Mk. bzw. 3000 Mk. Die Anmeldungen zur Gesellschaft nimmt einstweilen der Schriftführer, Prof. Dr. C. r. s. h. m. n. n., Wollan, Nr. Bitterfeld, entgegen, der auch nähere Auskünfte erteilt.

Alle Kreise, die wissenschaftlich und praktisch sich mit Gewerbehygiene beschäftigen, sollen in dieser neu gegründeten Gesellschaft zusammengeschlossen werden. Je stärker dieser Zusammenschluß ist und je mehr er alle umfaßt, die mit dieser Frage zu tun haben, um so besser wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihre Aufgabe zum Besten der Allgemeinheit zu erfüllen. Es ergeht daher an alle, mögen sie als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, als Ärzte oder in amtlicher Eigenschaft den Fragen der Gewerbehygiene ihr Interesse zuwenden, die Aufforderung, der Gesellschaft beizutreten, und so sie in der Durchführung ihrer Ziele zu unterstützen.

Abrechnungen

vom 3. Quartal 1922 gingen weiter noch bei der Verbandskasse ein von:

- Halle a. d. E. 22 000 Mk., Jümenau 3000 Mk.; noch immer nicht eingesandt haben diese die Zahlstellen in Danzig, Freiburg i. Br. und Hanau.
- Abrechnungen vom 4. Quartal 1922 gingen bis zum 15. Januar bei der Verbandskasse ein von: Guben 8000 Mk., Sorau 12 500 Mk., Lübeck 64 520 Mk., Bismar 13 000 Mk., Burg bei Magdeburg 15 5000 Mk., Dessau 28 300 Mk., Osterwied 11 000 Mk., Queblinburg 22 000 Mk., Wittenberg 35 290 Mk., Wanfried 29 657,95 Mk., Düren 70 000 Mk., R. Gladbach 11 500 Mk., Biersen 21 550 Mk., Jüba 3200 Mk., Rabel 39 598,80 Mk., Altenburg 35 773 Mk., Göhrig 37 331,90 Mk., Gräfenhain 6026,20 Mk., Merseburg 9500 Mk., Roda 3538 Mk., Gaaßfeld 15 625,80 Mk., Schmölln 43 000 Mk., Freiberg i. Sa. 10 500 Mk., Rathau 15 000 Mk., Werdau 4185 Mk., Bayreuth 9869,50 Mk., Emstiraden 11 000 Mk., Würzburg 51 000 Mk., Kaufbeuren 8000 Mk.

Fr. Bender.

Adressenänderungen.

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer
- Brieg (Bez. Breslau). B.: F. Schieweg, Apfelstraße 13. K.: W. Henze, Ring 9 IV.
- Duisburg-Ruhrort. B.: Kurt Weisse, Duisburger Georgstr. 2. K.: F. Büskens, Duisburg, Neuborger Straße 54 I. Alle Postsendungen sind an den Kassierer zu richten.
- Emstiraden. B.: Hans Kästler, Haus Nr. 101. K.: Andreas Wdh. Haus Nr. 10.
- Kandel (Pfalz). B.: P. Belget, Mittlere Hochstraße 201. K.: K. Fuhr, Obere Hauptstr. 112, 1/7.
- Kassel. B.: W. Graf, Schützenstr. 29. K.: G. Bachmann, Gartenstr. 27 IV.
- Kaufbeuren. B.: Herm. Jungblut, Oberbeuren. K.: Fr. Schmid, Kaufbeuren, Kempter Tor 6. Alle Postsendungen sind an den Kassierer zu richten.
- Krefeld. B.: G. Duncker, Neue Linzer Str. 44. K.: E. Lehmann, Inrathcr Str. 95.
- Minden (Westf.). B.: H. Schlüter, Simeonstr. 4. K.: Fr. Krüger, Vorkstr. 281 II.
- Spremberg. B.: D. Steinicke, Siedlung 5. K.: P. Wiedermann, Baugener Str. 69.
- Wiesbaden. B.: Otto Gahmann, Rettelbeckstraße 18. K.: Heinrich Waiblinger, Wehrstr. 11. I.

Literarisches.

- Korn, Die Arbeiterjugendbewegung. 1. Teil: Einführung in ihre Geschichte. Broschüre, 96 Seiten. Preis 0,80 Mk. (zu multiplizieren mit der Teuerungszahl des Verlages, Anfang Januar, 350). Verlag der Arbeiterjugend, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
- Schull, Die Schule der arbeitenden Jugend. Broschüre, 60 Seiten. Preis 0,60 Mk. Teuerungszahl Anfang Januar: 350). Verlag der Arbeiterjugend, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
- Abraham, Die Theorie des modernen Sozialismus. Eine Schrift für die Jugend. 144 Seiten. Broschüre I.—III., gebunden 1,30 Mk. (Teuerungszahl Anfang Januar: 350). Verlag der Arbeiterjugend, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
- Ollenhauer, Arbeiterjugend und Republik. Broschüre 24 Seiten. Preis 0,20 Mk. (Teuerungszahl Anfang Januar: 350). Verlag der Arbeiterjugend, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
- Kersten, Cellofaden für Buchbinder. Broschüre 1,60 Mk. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600). Verlag W. Knapp, Halle a. d. Saale.
- Kersten, Die Marmorierkunst. Broschüre 1 Mk. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600). Verlag W. Knapp, Halle a. d. Saale.
- Aroll, Von der andern Seite. Acht Postkarten der Arbeiterjugend, Zeichnungen eines Angehörigen. Preis: In Umhlag 20 Pf. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600). Verlag Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.

Erwerbslosen-Zuschüsse für Buchbinder und verwandte Berufe zu Berlin.

Voranzeige.

Die Jahresgeneralversammlung findet am 20. Februar abends 5 Uhr, im Lokal von Rathmann, Wilhelmstr. 118, statt. Vorträge aus Mitgliedskreisen müssen bis spätestens 5. Februar in den Händen des Unterzeichneten sein. Der Vorstand.

H. K.: Paul Herzog, Berlin-Mariendorf, Kaiserstr. 144